

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

30. Mai 1986

RM

Nummer 14

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

ZK-Erklärung von GIM und KPD

1. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat das Verhältnis der Bevölkerung zur sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie drastisch geändert. Waren vor dem Antritt der Kohl-Regierung noch knapp über die Hälfte der Bundesbürger für den Bau weiterer Atomkraftwerke, sind heute über zwei Drittel dagegen. Es ist nicht mehr die Bevölkerung, die im Umkreis von (künftigen) Atommeilern lebt, die sich vor allem davon betroffen fühlt. Jeder und jede hat am eigenen Leib erfahren, daß der Fall, daß ein Reaktorunglück außer Kontrolle gerät und Millionen von Menschen gefährdet, nicht ausgeschlossen werden kann.

So ist klar geworden, daß die Entscheidung über die Grundlagen und den Ausbau unserer Energieversorgung nicht länger in den Händen von Experten, Unternehmern und Politikern gelassen werden kann, die uns bis vor kurzem vorgemacht haben, ein solches Unglück sei gar nicht möglich, und uns jetzt vormachen, es sei in der BRD nicht möglich. Die zahllosen Demonstrationen und Protestaktionen breiter Schichten der Bevölkerung geben zur Hoffnung Anlaß, daß ein wachsender Teil willens ist, seine Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Die Diskussion über den Ausstieg aus der Atomenergie und einen radikalen Kurswechsel in unserer Energiepolitik bestimmt in den kommenden Wochen und Monaten vor der Bundestagswahl die politische Diskussion in der BRD. Die Antiatombewegung und die sozialistischen Kräfte in der BRD müssen diese Gelegenheit nutzen, um im Bündnis mit anderen fortschritt-

lichen Bewegungen ihrer Forderung nach Stilllegung aller Atomanlagen Nachdruck zu verleihen.

2. Technisch ist der Ausstieg aus der Atomenergie hier und heute möglich — das beweisen zahllose Studien, von denen einige noch von der früheren Bundesregierung in Auftrag gegeben wurden. Ernstzunehmende Wissenschaftler haben sich, unabhängig von ihrem politischen Standpunkt und weil sie ihrer wissenschaftlichen Überzeugung eher folgen als ihrem Parteibuch, gegen die weitere Nutzung der Atomenergie ausgesprochen. In einem Land wie den USA ist das Programm zum Bau weiterer Atomkraftwerke nach dem Reaktorunfall in Harrisburg auf Eis gelegt worden.

Die Bundesregierung jedoch verhält sich wissenschaftlichen Warnungen und dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber taub. Hinter dem Atomprogramm stehen wirtschaftliche und militärische Interessen. Die monopolistische Energiewirtschaft ist mit den mächtigsten Monopolgruppen verbunden. Die Energieversorgungsunternehmen haben in den letzten zehn Jahren den Ausbau von Atomkraftwerken durchgesetzt.

Insbesondere nach dem Antritt der Kohl-Regierung haben sie die Fertigstellung und Genehmigung zahlreicher Atomkraftwerke durchgesetzt, die Jahre zuvor heftig umstritten waren (Brokdorf, Grohnde, Kalkar usw.). Obwohl die Atomenergie technisch nicht beherrschbar und volkswirtschaftlich die teuerste Energieform ist, halten die Energieversorgungsunternehmen mit Zähnen und Klauen daran fest. Denn sie machen hohe Profite



damit, weil die Forschungs-, Entwicklungs- und Entsorgungskosten der Bevölkerung aufgebürdet werden. Diese hat also sowohl gesundheitlich wie auch wirtschaftlich das Nachsehen. — Zudem besteht ein enger Zusammenhang zwischen der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomenergie. Mit den Plutoniumfabriken Nukem und Alkem, mit dem Schnellen Brüter in Kalkar und der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf bekommt die BRD alle Elemente für den Bau von Atombomben in die Hand und umgeht damit das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist deshalb nicht eine Frage der technischen Machbarkeit, sondern des politischen Willens und der wirtschaftlichen und politischen Macht.

3. Die wachsende Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der friedlichen Nutzung der Atomenergie hat die SPD-Führung

gezwungen, ihre Haltung zur Atomenergie wieder zu ändern. Schon einmal, 1978, hat sich die SPD unter dem Druck der Anti-Atombewegung für den Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen. Kaum ging die Bewegung zurück, hat sie ihr Versprechen schnell wieder vergessen. Wenn die SPD sich heute bereit erklärt zu einer Änderung des Atomgesetzes, zum Verzicht auf Kalkar und auf Wackersdorf und zum Entwurf von Szenarien für den Ausstieg aus der Atomenergie, ist dies zu begrüßen. Dann fordern wir jedoch, daß die SPD Nägel mit Köpfen macht und sich noch vor der Landtagswahl in Niedersachsen, wo sie eine Gewinnchance hat, darauf festlegt, daß für das AKW Lingen keine Betriebsgenehmigung erteilt, Gorleben gestoppt und das AKW Stade sofort stillgelegt wird. Wir wissen: Das Nein der SPD zur Atomenergie ist halbherzig. Es geschieht nur unter dem Druck der Mobilisierungen

und aus Angst, Wählerstimmen zu verlieren. Es beinhaltet keine grundsätzliche Ablehnung der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Die SPD wird nur dann bereit sein zum Umstieg auf eine andere Energieversorgung, wenn dies ohne größere gesellschaftliche Konflikte, also ohne eine Machtprobe mit der Atommafia geht. Mit den zeitlich lang gestreckten Ausstiegsszenarien täuscht sie vor, dies sei ein realistischer Weg.

Die Grünen haben die Stilllegung aller Atomkraftwerke gefordert, wenn auch unklar bleibt, ob sie bereit sind, z. B. in Hessen an dieser Forderung auch dann festzuhalten, wenn darüber die Koalition mit der SPD brechen sollte.

In Verbindung damit, daß eine Änderung der politischen Mehrheiten im Bundesrat und im Bundestag in den kommenden Monaten möglich erscheint, rückt damit der Aus-

Fortsetzung auf Seite 2

Vereinigung statt Spaltung



FAP-VERBOT: Die Kampagne gegen Kühnens „Partei“
Seiten 5 - 8. Seiten 13 bis 16: Zur Vorbereitung des

findet mit der NRW-weiten Demonstration am 21. Juni in Duisburg ihren ersten Höhepunkt,
SONDERPARTEITAGS am 14./15. Juni. Frauen:
oder was? — Seite 11.

Fortsetzung von Seite 1

stieg aus der Atomenergie zum ersten Mal in greifbare Nähe. Es wäre jedoch eine Illusion, zu glauben, man könne den Ausstieg aus der Atomenergie den Parteien und Parlamenten überlassen.

4. Auch der DGB-Bundesvorstand hat sich jetzt, unter dem massiven Druck der Opposition gegen die Atomenergie in Betrieben und Gewerkschaften die Forderung zu eigen gemacht, den Schnellen Brütern und die WAA fallenzulassen. Den Ausstieg aus

der Atomenergie faßt allerdings auch der Bundesvorstand des DGB erst im nächsten Jahrhundert ins Auge. Eine ähnliche Position bezog er bereits 1977 einmal. Damals waren die Gewerkschafter, die sich gegen die Atomenergie aussprachen, noch in der Minderzahl und vor allem im „Arbeitskreis Leben“ aktiv. Der nachlassende Druck der Basis hat auch im DGB dazu geführt, daß der Vorstand bis kurz vor diesem Bundeskongress vor allem den Schulterschuß mit den Vorständen der rückständigsten Einzelgewerkschaften gesucht hat. Heute hat die Ablehnungsmehrheit

in der Bevölkerung ihre Wurzeln vor allem unter den Lohnabhängigen. Wir unterstützen daher alle gewerkschaftlichen Initiativen die, wie der AKL, für den Ausstieg aus der Atomenergie mobilisieren.

5. Die Mobilisierungsbereitschaft der Bevölkerung darf nicht versieken. Nach wie vor gilt: Durchsetzen werden wir nur, was wir uns erkämpfen. Deshalb unterstützen wir die von allen Seiten erhobene Forderung nach einem Volksentscheid und fordern alle Parteien auf, dafür Initiativen zu ergreifen. Damit wollen wir eine Kampagne für die Stille-

gunst aller Atomanlagen aufbauen.

Wir schlagen vor, vor der Bundestagswahl einen Marsch auf Bonn zu organisieren, der von allen getragen wird, die gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie sind und gegen die Fortsetzung dieser Wenderegierung. Der Protest muß jetzt möglichst breit und bundesweit organisiert werden. Wir unterstützen die Initiativen für einen Volksentscheid in all den Bundesländern, wo die Landesverfassung einen solchen vorsieht. Wir fordern zugleich SPD und Grüne auf, daß sie sich verpflichten, wenn sie 1987 eine

parlamentarische Mehrheit haben, die gesetzlichen Grundlagen für einen Volksentscheid zu schaffen.

6. Wir begrüßen die Initiative zur Durchführung einer Anti-AKW-Konferenz noch vor der Sommerpause. Dort wollen wir auch unsere Vorschläge zur Diskussion stellen. Wir rufen auf, die lokalen und überregionalen Demonstrationen und Mobilisierungen zu unterstützen. Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Kommt am 7. Juni zu den Demonstrationen nach Brokdorf und Wackersdorf!

aktuell

Die Entführung

Bei Redaktionsschluß sind die von den Contras entführten Brigadisten immer noch nicht befreit. Die Bundesregierung steht weiterhin in der Pflicht, bei ihren reaktionären „Freunden“ darauf hinzuwirken, daß sie freigelassen werden. Im übrigen kann man sich nur hinter die Forderungen der Brigadisten stellen.

Erklärung der deutschen Brigadistin Dagmar Vogelauf der Pressekonferenz am 18.5.86 in Juigalpa in Nicaragua

(...) Wir kamen am 12. Mai in Jacinto Vaca an. Gestern, am 17.5.86 zwischen 5 Uhr und 5.30 Uhr morgens, wurden wir von einer Gruppe Contras angegriffen. Wir wachten durch Gewehrscüsse auf und flüchteten in das Refugium des Hauses. Die Gewehrscüsse kamen aus der Richtung des Milizhauses und kamen immer näher. Die Schüsse dauerten ungefähr eine halbe Stunde, als wir einen Contra sahen, der in unseren Garten kam und eine Hängematte verbrannte. Unser Haus, das Nachbarhaus des Kooperativhauses, wo die Contras zu dem Zeitpunkt schon angefangen hatten auszuplündern. Sie suchten Schuhe und Essen. Wir hörten Schreie und Befehle, daß die Leute aus ihren Häusern kommen sollten. Sie kamen auch zu unserem Haus und forderten uns auf, herauszukommen, wenn nicht, würden sie eine Granate werfen. Sie gaben eine Gewehrskugel als Warnung ab. So verließen wir alle, einer nach dem anderen, das Haus, die Frauen zuerst. Mit uns kam auch unsere nicaraguanische Köchin mit ihren beiden kleinen Kindern. Einige von uns waren kaum angezogen. Wir sammelten uns an der nächsten Straßenkreuzung. Um dort hinzukommen, mußten wir durch Gewehrscüsse hindurchlaufen, und deshalb mußten wir auch ständig Schutz suchen. Mit uns versammelten sich noch fünf nicaraguanische Frauen und einige Kinder. Wir hatten direkten Kontakt mit sieben bis acht Contras. (...)

Als die Situation immer gefährlicher wurde, zwangen uns die Contras, loszulaufen. Wir liefen Richtung Talolinga, der Weg war nicht einfach, weil wir mehrere Male Schutz suchen mußten vor den Gewehrscüssen, weil der Kampf immer noch weiterging.

Nach ungefähr 500 m gelang es Regine Christiansen als erster, sich von der Gruppe abzutrennen und zurückzubleiben. Dieses geschah unbemerkt. Nach ungefähr 500 m mußten wir anhalten, da wir nicht durch die Schußlinie kamen. Hier sagten wir der Contra, daß einer unserer Brigadisten krank ist. Er hat Hepatitis und kann nicht so weit laufen. Sein Name ist Siegfried Ruttig. Aber sie reagierten nicht darauf. Bei diesem Halt gelang es Sean Steinbach sich zurückzuziehen, indem er zurückkroch.

(...) Auch ich versteckte mich hinter einem Busch. Die Contras wurden sehr hektisch, und die anderen mußten aufstehen und weitergehen, unter Schreien wie: „Rapido, rapido“. Ich blieb einige Minuten dort liegen, während denen die Gewehrscüsse sehr nahe kamen. Dann hörte ich Miguel schreien: „Hilfe, Hilfe!“ Ich habe vergessen zu sagen, daß, während wir dort lagerten, unsere Stimmung besser wurde, weil die Schüsse immer näher kamen und wir dachten, wir würden bald gerettet. Doch einer der Contras sagte, daß sie uns töten würden, falls wir angegriffen würden. Ich lief also, um Miguel zu helfen. Er war verletzt durch einen Schuß am linken Bein. Er war von einem Contra angeschossen worden, als er versuchte, sich zu ducken. Glücklicherweise blutete er nicht stark. Wenige Minuten später stießen Sean und einige Sandinisten auf uns und ebenfalls auch Regine, die sich in der Nähe versteckt hatte. Nach ungefähr 15 Minuten hatte sich die Situation beruhigt, und unter dem Schutz der Sandinisten begaben wir uns zurück ins Dorf. (...)

Wir haben jetzt noch einige Forderungen, die wir verlesen wollen: Wir fordern von der Contra, daß sie unsere Freunde freilassen. Wenn das nicht geschieht, fordern wir, daß sie sie wenigstens menschlich behandeln, in derselben Weise, wie wir den verwundeten Contra behandelt haben.

Wir bitten sie, vornehmlich Siegfried Ruttig freizulassen, weil er Hepatitis hat.

Wir fordern weiterhin die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit unsere Freunde freikommen.

Wir fordern die Bundesregierung speziell auf, ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Honduras und Costa Rica auszunutzen, die den Contras Hilfe leisten.

Wir fordern weiterhin die Bundesregierung auf, zu den G-3-Gewehren, die bei der Contra gefunden wurden, Stellung zu nehmen und gegebenenfalls zu prüfen, wo diese Gewehre herkommen.

Wir fordern weiterhin die Regierung der USA auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um unsere Freunde zu befreien und ihren Einfluß auf die Contra geltend zu machen.

Wir fordern die Regierung der USA weiterhin auf, ihre finanzielle Unterstützung für die Contra einzustellen, damit solche brutalen Aggressionen sich nicht wiederholen können, denn diese Aggression, die uns widerfahren ist, ist Teil der Wirklichkeit des nicaraguanischen Volkes.

Über 200 Gewerkschafter/innen aus den verschiedensten Einzelgewerkschaften hatten sich eine Stunde vor der Eröffnung des 13. DGB-Bundeskongresses vor dem Hamburger Congress-Centrum versammelt, um ihre Forderung „Stilllegung aller Atomanlagen“ mit Transparenten, Plakaten und einem Initiativantrag an die Delegierten sicht- und hörbar zu vertreten.

„AKW nee — auch im DGB“ ... vorbei an den verdutzten Sicherheitskräften zogen kurz vor der Eröffnung des Kongresses die Atomgegner/innen in das Congress-Centrum, um zu gewährleisten, daß tatsächlich alle Delegierten den vom AKL (Aktionskreis Leben — Gewerkschafter gegen Atom) gestellten Initiativantrag kennenlernten.

„Wer hat die denn bloß reingelassen?“ empörte sich IG-Chemie-Chef Rappe ebenso wie Ex-ÖTV-Chef Klunker. Irritiert hatten sie zuvor zur Kenntnis nehmen müssen, daß viele Delegierte spontan Beifall geklatscht hatten, als sich die Demonstranten vor der Tribüne aufstellten.

Die Basis will — legt Atomanlagen still!



Nach einigen Verhandlungen gaben die Organisatoren des Kongresses das Mikrofon frei, der Initia-

tivantrag und seine Begründung konnten verlesen werden.

Weitere Aktivitäten für Aussperrungsverbot beschlossen

Ca. 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Initiative „Keine Einschränkung des Streikrechts! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!“ diskutierten am 24. 5. in Köln über die Bilanz der bisherigen Aktivitäten und darüber, wie die Arbeit fortgesetzt werden kann.

In der Debatte über die Beurteilung der Kampagne gegen die gewerkschaftsfeindliche Änderung des § 116 AFG wurden unterschiedliche Bewertungen deutlich, die hier nicht eingehend dargelegt werden können. Verwiesen sei auf die schriftlichen Positionspapiere, die der Konferenz vorlagen und auf die neueste Ausgabe der RGO-Nachrichten, die Stellungnahmen verschiedener linker Kräfte zu dieser Frage dokumentiert.

Im Anschluß an diese zeitlich knapp gehaltene Debatte entschied sich die Konferenz nicht, wie in der Einladung vorgeschlagen, für die Durchführung von Arbeitsgruppen zu verschie-

denen Themen, sondern diskutierte im Plenum die Frage, wie die Arbeit für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung fortgesetzt werden kann.

Hierzu lagen zwei schriftliche Vorschläge vor: von Sieglinde Friess und Michael Schlickwei (BAG „Grüne und Gewerkschafter/innen“) und von Törk Hansen. Törk Hansens Vorschlag war weitergehend, weil er Aktivitäten bis zur Bundestagswahl, also einschließlich Wahlkampf und die Bildung eines Koordinationsgremiums vorsah.

Der Vorschlag der BAG wollte die Initiative auf punktuelle Aktivitäten beschränken, über den Zeitpunkt der Behandlung des grünen Gesetzentwurfs zum Aussperrungsverbot im Bundestag hinaus keine weitere Aktivitäten beschließen. Bei diesem zeitlich und inhaltlich sehr eingeschränkten Aktionsvorschlag sprachen sich Vertreterinnen und Vertreter der BAG auch gegen die Schaffung eines Koordina-

tionsgremiums aus.

Nach längerer Diskussion kam es zu einem Kompromiß. Es wurde ein Koordinationsgremium bestimmt, dem außer Ute Melzig, Siggie Friess und Jakob Moneta, die bisher schon für die Initiative verantwortlich zeichneten, noch Hartmut Siemon und Manfred Müller (Demokratische Sozialisten) angehören werden. Einigkeit bestand darin, daß sich um die Einbeziehung weiterer Kräfte bemüht werden soll. An konkreten Aktivitäten wurde die Herausgabe von Info-Material, die Vorbereitung eines Forums zur Frage von Streikrecht und Aussperrung, eine Initiative zum IGM-Gewerkschaftstag und eine qualitative Unterschriftensammlung beschlossen.

Die schriftlichen Materialien, die zur Konferenz vorlagen, können bei der Redaktion bestellt werden. Für die ca. 30 Seiten bitten wir aber, 4,— DM für Kopierkosten und Porto in Briefmarken beizulegen.

Metallarbeiterstreik

Im südbrasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul streiken seit zwei Wochen die rund 60000 Metallarbeiter. Neben einer Lohnerhöhung haben sie den Kampf um die 40 Stundenwoche aufgenommen, eines der zentralen Ziele der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung.

Die ersten Streiktage kamen den rund 20000 Metallern der Hauptstadt Porto Alegre und der Provinzstadt Canoas vor wie in „alten Zeiten“: Mehrfache Überfälle der Polizei mit Tränengas und Knüppeln waren an der Tagesordnung — was zu einer breiten Solidaritätsbewegung geführt hat, an der sich alle Kräfte beteiligen, die für das Ende der Militärdiktatur gekämpft haben.

Schwarzer Dienstag

Einen schwarzen Dienstag verzeichnete die AKW-Industrie in der letzten Woche. Bei zwei Unfällen in der französischen Aufbereitungsanlage La Hague und (schon wieder!) im britischen Sellafield (einst Windscale) wurden insgesamt 7 Beschäftigte radioaktiv bestrahlt. Die fünf Betroffenen in Frankreich wurden in Krankenhäuser gebracht. Zur selben Zeit enthüllte „Le canard enchaîné“ daß vor zwei Jahren im französischen Buguey ein Zwischenfall stattfand, der, von der Regierung geheimgehalten, fast eine Entwicklung genommen hätte wie jetzt Tschernobyl.

Roter Morgen

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-481. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise: zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BYWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

In die eigene Tasche

Von 1582 Aufsichtsräten, die für die IGM Sitz und Stimme haben, haben 236 ihre Tantiemen nicht ordnungsgemäß an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt. Das geht aus einer von „metall“ veröffentlichten Aufstellung hervor. Eine solche Namensliste war erstmalig 1985 veröffentlicht worden, nachdem der Gewerkschaftstag einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte. Auffällig ist der hohe Anteil betrieblicher Vertreter an den schwarzen Schafen.

Kenan Weizsäcker

Der Bundespräsident, eben auf dem DGB-Kongreß noch in Demokratenpose, hat es also geschafft: Er ist das erste Staatsoberhaupt der EG, das den Diktatoren in Ankara einen offiziellen Besuch abstattet, er ist der erste, der sie, über alle deutschen Sender, für ihre Fortschritte bei der sogenannten Demokratisierung lobt.

Die Opfer des Militärterrors in Kurdistan, die Opfer der Folter in den Gefängnissen sprechen eine andere Sprache als der Mentor Heinrich Lummers.

Aber konsequente Logik besitzt dieses Vorgehen ohne Zweifel: Die BRD hat von Anfang an zu jenen kapitali-



stischen Staaten gehört, die die Putschisten um Kenan Evren weißgewaschen haben, DM in großer Zahl waren eine entscheidende Basis für die Diktatur in der Türkei und sind es noch.

Erneut Streik in Belgien

Zum dritten Mal innerhalb von zwei Wochen sind die Beschäftigten weiter Teile des öffentlichen Dienstes in Belgien in den Streik getreten.

Der Streik richtet sich, wie bereits vorher, gegen das Sparprogramm der konservativen Regierung Martens. Martens will vor allen Dingen, wenig überraschend, im Gesundheitswesen, im Erziehungsbereich und bei der Arbeitslosenunterstützung weitere Einsparungen vornehmen.

200 Festnahmen

Anläßlich des 6. Jahrestages des Massakers von Kwangju fand in dieser südkoreanischen Stadt eine illegale Gedenkveranstaltung statt. Vor sechs Jahren war in Kwangju eine breite Revolte vor allem der Jugend blutig erstickt worden: Oppositionelle Krei-

se Südkoreas sprachen von rund 400 Todesopfern im stundenlangen Kampf gegen die Armee. Jetzt fanden sich mehrere Tausend Teilnehmer zu dieser Gedenkveranstaltung. Die Polizei löste sie gewaltsam auf, mit Tränengas und Knüppel und nahm 200 Menschen fest. Die Regierung Chun läßt sich ungern daran erinnern, daß der General auf einem Leichenberg Präsident wurde.

Neuer Untersuchungsausschuß

Noch nie gab es so viele Untersuchungsausschüsse wie heutzutage: Nun wird auch vom niedersächsischen Landtag noch einer eingerichtet „wg Celler Bombe“. Und zwar, ganz gegen den Widerstand Ernst Albrechts



(warum eigentlich, wenn er es doch, wie bekundet, jederzeit wieder tun würde?) noch vor der Landtagswahl. Albrecht — der einzige Konservative, der aus der Tschernobylkatastrophe bisher wenigstens Kapital schlagen konnte („Seine“ Bombe rückte weit in den Hintergrund) — wird damit wohl doch noch während des Wahlkampfes verstärkt mit Fragen konfrontiert, die vor allem im Zusammenhang mit dem Tod von S. Debus stehen, dem Menschenopfer der Operation im Morgengrauen.

Najibullah statt Karmal

Babrak Karmals Ablösung als Vorsitzender der „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ durch den bisherigen Geheimdienstchef General Najibullah erfolgte nach „bewährtem Muster“. Während Karmal zur medizinischen Behandlung in der UdSSR war, äußerte die „Prawda“ offene Kritik an schweren Fehlern der afghanischen Regierung und Parteiführung. Das war am



27. April. Als Karmal eine Woche später nach Kabul zurückkehrte, trat er auch prompt zurück. Dieser erneute Wechsel in der Führung der DVPA signalisiert

die Ausweitung der seit Jahren eingeschlagenen Taktik von Zuckerbrot und Peitsche: noch mehr Angebote an die „islamische Tradition“ und noch mehr Feuer auf jeden Widerstand, egal aus welcher Richtung er kommt. Diese Politik soll fortgesetzt werden, obwohl sie — vor allem durch die Entwicklung der Flüchtlingszahlen — immer mehr von der afghanischen Wirklichkeit diskreditiert wird.

Sicherheit in West-AKW's

Zu der langen Reihe bekannter Zwischenfälle in AKW's in westlichen Ländern folgende Notiz aus der „New York Times“ vom 1.5.86:

„Vierzehn der siebzehn nichtkommunistischen Länder, die AKW's betreiben, hatten, einem Bericht einer Kommission der US-Regierung zufolge, wesentliche nukleare Störfälle, die in der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben wurden ...“

Demonstration gegen Bundestreffen der FAP

Am 7. Juni 1986 plant die FAP in Herborn/Dillenburg während des Hessentages ein Bundestreffen. Die Faschisten haben angekündigt, sie wollten Herborn an diesem Tag „ausländerfrei“ machen!

Gegen das Faschistentreffen rufen Gewerkschaftsorganisationen, antifaschistische Initiativen usw. aus Hessen und NRW zu einer Demonstration auf. Treffpunkt: 7.6., 10 Uhr, Dillenburg, Wilhelmplatz. Abschlußkundgebung um 13.00 Uhr in Herborn.

Der 7. Juni als „Fanal“?

Folgendes Pamphlet erhielt der Herborner Bürgermeister Adolf Salzer (SPD), Mitglied des Ausländerbeirats, bereits Anfang Januar von Michael Krämer, einem führenden Mitglied der FAP in Dillenburg:

„Adolf“ (???) Salzer!

Sie haben eine internationale Weihnachtsfeier für Kinder veranstaltet.

Sie haben Herborn als eine Viel-Nationen-Stadt bezeichnet. Beides nehmen wir Ihnen sehr, sehr übel!

Herborn war immer eine DEUTSCHE Stadt, ist es noch heute und wird es — ob es Leuten wie Ihnen paßt oder nicht — noch über Jahrtausende hinaus bleiben.

Für die rund 2000 Ausländer in Herborn (für Sie mögen es „Mitbürger sein, für uns niemals!) sind die Zeiten der Ruhe und des Friedens bald vorbei. Der Hessentag 1986 ist für uns alle Signal zum ANGRIFF. Herborn wird ab Juni die erste Stadt sein, wo wir dem von Ihnen gepriesenen Viel-Nationen-Spuk ein Ende bereiten werden. Mit legalen Mitteln übrigens!

Von uns Nationalen Sozialisten wird keine Gewalt ausgehen, aber wenn man uns etwa mit Gewalt kommen sollte, werden wir gnadenlos zurückschlagen. Notwehr nennt man das!

Ich habe veranlaßt, daß die in Österreich hergestellte, national-revolutionäre Monatszeitschrift „SIEG“ in ihrer Januar-Ausgabe (Auflage 12000) den 7. Juni 1986 zum „Tag der Nationalen Erhebung“ ernannt und zur massiven Teilnahme Nationaler Sozialisten aufruft. Vermutlich wird sich die in Paris erscheinende „DIE FRONT“, das Organ der europäischen ANS, diesem Aufruf anschließen. Offen ist z. Zt. noch, ob sich auch die konservative Deutsche NATIONALZEITUNG (Auflage rund 150000) an der Aktion beteiligen wird.

Der 7. Juni 1986 wird zu einem Fanal für die Befreiung des Deutschen Reiches und die Wiedererweckung des germanischen Blutes werden. Von diesem Tag wird man in Herborn noch sprechen, wenn Sie und der sogenannte „Ausländerrat“ längst der Vergessenheit anheimgefallen sein werden.

Im Augenblick bin ich in Schleswig-Holstein unterwegs, um die hiesigen FAP-Kameraden auf den Einsatz in Herborn (und Dillenburg!) vorzubereiten.

Nächste Woche reise ich in die deutsche Reichshauptstadt (das ist Berlin, falls Sie es vergessen haben sollten), um dort zur Teilnahme am Hessentag aufzurufen — im Namen meines Führers Michael Kühnen!

So, jetzt sehen Sie zu, daß Sie Ihre lächerliche Antifa-Szene für das betreffende Wochenende mobil bekommen.

7. Juni 1986:

Deutschlandtreffen der FAP in der Stadthalle Dillenburg; Hessentag der Nationalen Erhebung in den Straßen Herborns. Ohne Gruß verbleibt

Michael Krämer

DEUTSCHLAND ERWACHE!

Freiheit für alle verfolgten Nationalisten!

Freiheit für Michael Kühnen!!!

Die Grenze

Die bundesdeutsche Justiz hat ihre Grenze erreicht. Das Verfahren gegen den Kanzler wird eingestellt. Warum? Zweifelt irgend jemand ernsthaft daran, daß Kohl sich aus einer mißlichen Lage herauswinden wollte? Daß er wußte, was die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ so alles (ein-)getrieben hat? Daß er daran beteiligt war? Niemand zweifelt ernsthaft daran. Selbst aus CDU-Kreisen wird dies nicht abgestritten, sondern „lediglich“ beschönigt.

Dennoch wird es wegen seiner Falschaussagen vor Untersuchungsausschüssen zu keinem Verfahren kommen. Ein Kanzler darf das eben: Geld, um das Kapitalisten die Steuer betrogen haben, einkassieren und sich anschließend aufs gute Ruhekissen legen und „vergessen“. Nachdem schon anläßlich des allgemeinen Spenden-skandals jegliche irgendwie geartete Säuberung unter-

blieb, „Selbstreinigung“ ein paar Tage lang groß geschrieben wurde und dann wieder aus dem Bonner Wortschatz gestrichen, ist die Grenze klar: Der Kanzler. Der kann tun und lassen, was er will, die Staatsorgane werden sich vor ihn stellen, damit der Spenden-Gau nicht eintritt. Und was anderes als eben das wäre ein Kanzler, der wegen Geld vom Kapital zurücktreten müßte? Soll noch einer sagen, die Justiz wäre „unpolitisch“. Die Staatsräson hat sie sehr gut begriffen.

Floskeln

Verurteilung allüberall: Der verbrecherische Überfall der südafrikanischen Armee auf drei Nachbarstaaten wurde von Washington bis Bonn überall verurteilt. Die Terroraktion, ganz nach dem Muster der US-Aggression gegen Libyen begründet und durchgeführt, erschien in den Hauptstädten der NATO-Staaten denn doch zu einem arg ungeschickten Zeitpunkt organisiert. Es waren ja wohl nicht die Todesopfer, die sie gekümmert haben — die zahllosen Toten im Rassistenstaat bewegen sie ja auch nicht. Es war die Tatsache, daß diese Aktion das Regime Botha — wenn möglich — noch deutlicher als verbrecherisch, mörderisch und bluttriefend entlarvt hat als bisher. Dies hat zu den Verurteilungen geführt. Diese Statements aber sind bisher nichts als Floskeln, die bemüht werden, um eine gewisse Distanz zu schaffen.

Eine Distanz, die nicht besteht. Wenn denn alle, die diese Aktion verurteilten, wirklich gegen dieses Regime wären, so würde es heute kaum noch bestehen, denn: Es ist unbestritten, daß die Krise des Systems wesentlich durch internationale Rück-



kendeckung eingedämmt werden konnte. Ebenso, wie es unbestritten ist, daß bis heute gerade auch westdeutsche Konzerne gutes Geld durch die Apartheid verdienen — und sie sind bereit, jede Mark zu kassieren und auch jeden Rand, auch wenn daran noch so viel Blut kleben mag.

Ein Vorgehen wie diese Bombenüberfälle zwingt selbst die Imperialisten zu vorsichtiger Distanz: Es zwingt jeden, der mit dem Befreiungskampf in Südafrika wirklich solidarisch ist, erst recht dazu, die Forderungen nach dem Ende der Apartheid, nach einem Wirtschaftsboykott des Botha-Regimes mit Nachdruck zu vertreten. An diesen konkreten Fragen „Reform oder Ende der

Apartheid“ und „Boykott — ja oder nein?“ entscheidet sich heute, was Solidarität ist und was Floskeln sind.

Verschleierungstaktik?

Kaum hatte die Große Tarifkommission in Stuttgart dem Lohnabschluß für die Metallindustrie zugestimmt (4,4 Prozent, Einmalzahlung von 230 DM), legte Gesamtmetall-Geschäftsführer Glaubitz eine Auswertung der Tarifrunde vor, deren Kernsatz lautet: „Der neue § 116 AFG stellt nicht ‚wasser-dicht‘ sicher, daß im Arbeitskampf jede Seite die ihr zu fallenden Lasten selbst tragen muß.“ („Handelsblatt“, 26.5.86)

Nach Ansicht von Gesamtmetall hat die IG Metall vorgeführt, wie auch der geänderte § 116 AFG umgangen werden könne. Zwar habe die IGM zunächst unterschiedliche Forderungen in den Tarifbezirken aufgestellt, dann aber tatsächlich einen Stellvertreter-arbeitskampf im Südwesten geführt und auch erreicht, daß alle Bezirke vom Stuttgarter Pilotabschluß profitieren würden.

Nachdem die Maximalforderung der Unternehmer, auf keinen Fall Kurzarbeitergeld bei kalter Aussperrung im fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages, nicht Gesetz wurde, sieht Gesamtmetall offensichtlich zwei Argumentationsschienen, um die rechtliche Position der Gewerkschaften im Arbeitskampf weiter zu verschlechtern.

1. Die diesjährige Lohnrunde in der Metallindustrie mit aus Gesamtmetall-Sicht „bundesseinheitlichem Abschluß“ soll vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen das Benda-Gutachten, das die unterschiedliche regionale Wirkung scheinbar gleicher Tarifabschlüsse darlegt, ins Feld geführt werden.

2. Die Unternehmer klopfen ihre Positionen für künftige Verfahren in Sachen Auslegung des neuen § 116 AFG vor dem Bundessozialgericht fest. Das Bundessozialgericht dürfe sich bei seinen künftigen Entscheidungen von der in dieser Tarifrunde angewandten „gewerkschaftlichen Verschleierungstaktik“ nicht irreleiten lassen. Soll heißen: trotz unterschiedlicher Forderungen habe es sich um einen „Stellvertreterkampf“ gehandelt und im Streikfall hätte bei kalten Aussperrungen auch außerhalb Baden-Württembergs kein Kurzarbeitergeld gezahlt werden dürfen.

Das Gedächtnis des Herrn Glaubitz könnte eine kleine Auffrischung gebrauchen: bei den Verhandlungen in NRW mußten die Metall-Industriellen eingestehen, daß sie zu einem NRW-spezifischen Abschluß nicht legitimiert seien. Möglicherweise kannten die Herren damals schon die jetzt von Glaubitz veröffentlichte Stellungnahme.

Name	Vorname	Institution/ Beruf/Funktion	Anschrift	Unterschrift



**Landesweite Demonstration
für Auflösung und
sofortiges Verbot der FAP
Samstag, 21.6.86, Duisburg**

10.00 Uhr, Auftaktkundgebung, Dellplatz
10.30 Uhr, Demonstrationsbeginn
12.00 Uhr, Abschlußkundgebung, Burgplatz

Auflösung und sofortiges Verbot
der faschistischen FAP!
Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda
und jeder Naziaktivität!

Eine Kampagne von bundesweiter Bedeutung

Vor einigen Monaten hat in Nordrhein-Westfalen eine Kampagne begonnen, deren Träger sich zum Ziel gesetzt haben, die Auflösung und das Verbot der faschistischen FAP (Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei) zu erzwingen. Diese Kampagne geht zurück auf einen Beschluß des 4. Ruhrgebietstreffens antifaschistischer Initiativen (Dortmund, Februar 1986); Bindeglied ist eine auf Initiative der VVN zustandegewonnene Unterschriftensammlung. Erster Höhepunkt der Kampagne wird eine landesweite Demonstration am 21. Juni 1986 in Duisburg sein. Die bis dahin gesammelten Unterschriften werden dem Düsseldorfer Landtag übergeben.

von DIETRICH LOHSE

„Wir stehen in der Tradition von ANS/NA und NSDAP“, „Wir haben das Programm der NSDAP aktualisiert und zur Grundlage unserer Arbeit gemacht“ — mit solchen und ähnlichen Verlautbarungen traten die Anhänger der verbotenen ANS/NA Michael Kühnens — ein knappes Vierteljahr nach dem Verbot — in NRW hervor und präsentierten sich im Gewand einer neuen Organisation: der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). (1)

Das war Anfang 1984. In der

Folgezeit wurde dem Verein ohne weitere Umstände der Parteienstatus zugebilligt, so daß die Nazis besser dastanden als vor dem ANS-Verbot. Die FAP durfte sich zunächst an den Kommunalwahlen im Herbst 1984, dann an den Landtagswahlen 1985 beteiligen. (2)

Die FAPler fühlten sich im Aufwind. Zu faschistischer Propaganda gesellte sich in steigendem Maße faschistischer Terror. NRW, so dachten sie sich, könnte ihr Hauptstützpunkt im Bundesgebiet werden. Eine Bundesgeschäftsstelle in Dortmund, im Herbst 1985 in Absprache mit der dortigen Polizei eingerichtet, sollte das unübersehbar dokumentieren.

Sie haben sich zu früh gefreut. Der Widerstand, den Antifaschisten in vielen Städten von Anfang an den Nazi-Umtrieben entgegensetzten, hat eine Breite gewonnen, für die es in den letzten Jahren wenig Vorbilder gibt. So, wie die Büroeröffnung in Dortmund zum Beispiel den Betriebsrat, den Vertrauensleutkörper und viele Kollegen von Hoesch-Westfalenhütte auf den Plan und zur Demonstration auf die Straße rief, ist der Kampf gegen die FAP in wichtigen Städten des Landes längst nicht mehr allein Sache kleinerer Initiativen. Aktionsbündnisse, örtliche antifaschistische Foren haben sich gebildet, in denen tatsächlich durch Parteizugehörigkeit und Weltanschauung gezogene Grenzen der Zusammenarbeit zumindest in dieser Frage recht weitgehend gewichen sind, wo Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und andere an einem Strang ziehen.

Terroranschläge und Mordversuche von FAP-Leuten wie die Drohungen gegen Dortmunder SPD-Politiker und die Anschläge auf den Gelsenkirchener Schulleiter Wilhelm Funcke zogen weite Kreise und verliehen dem Bemühen Nachdruck, den Kampf gegen die FAP nicht nur an einzelnen Orten, sondern landesweit koordiniert aufzunehmen.

Darauf stützte sich der Be-

schluß zu der jetzigen Kampagne, den auf dem 4. Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen in Dortmund Vertreter zahlreicher Initiativen und Parteien aus 17 Städten des Ruhrgebietes, aber auch des Rheinlands und Westfalen-Lippes faßten. Die Bewahrung und der Ausbau dieser Einheit, aktives Handeln in diesem Sinne in allen Städten können die Durchschlagskraft der Kampagne sicherstellen. Als Bindeglied der Kampagne, so der Beschluß des Dortmunder Treffens, wurde ein Aufruf angenommen, der auf Initiative der VVN vorgelegt wurde („FAP verbieten“). Unter diesen Aufruf werden massenhaft Unterschriften gesammelt.

Die Unterschriftensammlung geht gut voran: Als Erstunterzeichner hatten sich bereits mehr als 300 Menschen gefunden, zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre, Politiker, Kirchenvertreter usw. sind darunter. Diese auf der 2. Seite der Unterschriftenlisten veröffentlichten Personen repräsentieren allerdings nicht die ganze Breite der Unterstützer, auch nicht derer, die es bei der Veröffentlichung schon gab — Parteien links von der DKP, so auch die KPD, fanden keine Berücksichtigung. Das und auch die Tatsache, daß von der VVN nicht vor Beschluß des Textes versucht wurde, mit anderen Kräften einen gemeinsamen Aufruf zu erarbeiten, verhinderte allerdings nicht — und durfte vernünftigerweise auch auf keinen Fall verhindern — daß der Aufruf, dessen Inhalt die Meinung des überwiegenden Teils der Teilnehmer des Ruhrgebietstreffens tatsächlich ausdrückt, zum Kernstück der Kampagne geworden ist. Inzwischen haben bereits viele tausend Menschen unterschrieben. Örtliche Unterschriftensammlungen, die zum Teil schon einige Monate vorher begonnen wurden, werden in die Kampagne eingebracht.

Es war der entschiedene und sich ständig ausweitende öffentliche, außerparlamentarische Pro-

test, der all die politischen Entwicklungen bewirkt hat, die heute die Kampagne begleiten und stärken: Die verschiedenen Beschlüsse von Stadträten, die ein FAP-Verbot fordern (Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Detmold ...), ebenso wie die Verpflichtung der Landesregierung durch den Landtag, sich beim Bundesrat für einen Verbotsantrag gegen die FAP beim Bundesverfassungsgericht stark zu machen. Das Klima für die Antifaschisten ist bereits besser geworden — die Erfolgsaussichten der in vieler Hinsicht einzigartigen Kampagne auch.

Dabei ist unverkennbar, daß die Antifaschisten, die die Kampagne tragen, von den Parlamentsvertretern mehr fordern. Und zwar vor allem dies: Das Verbot der FAP kann nicht allein mit ihrer „Verfassungsfreundlichkeit“ (nach Art. 21 GG) begründet werden. Sie ist als **faschistische Organisation** zu verbieten (hauptsächliche Verfassungsgrundlage: Art. 139 GG), allen Versuchen, wie sie etwa von der durch den öffentlichen Druck ebenfalls in Zugzwang gebrachten CDU bereits unternommen wurden, gleichzeitig auch gegen „linke Verfassungsfeinde“ zu Felde zu ziehen, wird eine Absage erteilt. Zum anderen, und hier will die Kampagne nicht weniger als einen Präzedenzfall schaffen: Die Landesregierung soll nicht auf einen Beschluß des Bundesrates und eventuell des BVG warten. **Sie soll**

sofort tätig werden — und die FAP auflösen. Denn u.a. nach dem Inhalt des Artikels 139 GG sind alle (nicht allein die FAP!) faschistischen Organisationen bereits verboten. Die Sicherstellung des Verbots, und das heißt das Unterbinden organisierter faschistischer Tätigkeit, liegt im Zuständigkeitsbereich der Länderinnenministerien und der Polizei. Eine entsprechende Rechtsauffassung wird inzwischen von immer mehr Juristen vertreten, unter anderem auch vom Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola. (3)

Was aus der Kampagne wird, entscheidet sich daran, wieviel Druck wir gemeinsam weiter und dauerhaft entwickeln können. Ein Erfolg würde uns dem Ziel der Auflösung und des Verbots aller Nazi-Organisationen näherbringen. Er würde diejenigen politischen Kreise empfindlich treffen, die die Nazis als „Hilfstruppen“ in ihre politische Kalkulation einbeziehen. Ausstrahlung auf andere Bundesländer hat die Kampagne wohl jetzt schon entwickelt. Eine Ausbreitung in diesem Sinne muß auch als eine weitere Aufgabe begriffen werden. Vielleicht (hoffentlich!) sind ja auch schon Antifaschisten aus anderen Bundesländern dabei, wenn es am 21. Juni bei der Großdemonstration in Duisburg zu zeigen gilt: An unseren Forderungen kommt niemand mehr vorbei!

Anmerkungen

1) Die FAP war bis dahin eine lediglich im Raum Stuttgart existierende faschistische Splittergruppe mit mehr „national-konservativem“ Gehalt. Ihr Führer Martin Pape ermöglichte nach dem Verbot der ANS/NA den FAPlern völlig unangestastet bleiben, den Einstieg in seine Partei und quasi die weitgehende Übernahme der FAP, deren neue Landesverbände nicht nur in NRW fast ausschließlich von Funktionären der ANS/NA erst gegründet wurden. Eine interessante Ausführung zu diesem Thema ist in der Publikation des Bundesinnenministeriums „Innere Sicherheit“ vom 7.3.86 nachzulesen. Staatssekretär Neusel erklärt nach einigen verlogenen Ausführungen über die angebliche Entschlossenheit der Bundesregierung,

„neonazistischen Bestrebungen entgegenzutreten“, und unter Bezugnahme auf das ANS-Verbot: „Falls Aktivitäten ehemaliger Anhänger der ANS/NA gegen dieses Verbot verstoßen, können die zuständigen Behörden der Länder (Staatsanwaltschaften, Polizei und Ordnungsbehörden) die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß die zuständigen Landesbehörden von denen ihnen rechtlich zustehenden Möglichkeiten Gebrauch machen werden.“

Damit verweist Neusel nur auf die Tatsache, daß die Gewährleistung des ANS-Verbots auch Ländersache ist. Die NRW-Behörden haben aber stattdessen dem FAP-Aufbau durch ANS-Aktivisten in unserem Bundesland tatenlos zugesehen und zumindest zu Beginn direkt gefördert. Ein

zusätzlicher Grund, jetzt der FAP in NRW sofort das Handwerk zu legen. 2) Zwischen diesen Wahlen konnte die FAP einen Erfolg in ihrem Bemühen, faschistische Kräfte zusammenzubringen, verzeichnen. Im März '85 verkündete sie in einem internen Rundschreiben: „... so hat nun endlich auch die Wiking-Jugend ihren Weg zu uns gefunden, und das mit ausdrücklicher Unterstützung ihres Führers, des Kameraden Wolfgang Narath.“ Die WJ ist nach den Jungen Nationaldemokraten der NPD die zweitgrößte faschistische Jugendorganisation der BRD. 3) Horst Isola erklärte auf einer Veranstaltung in Bremen, die anlässlich des 30. Januar 1986 stattfand und u.a. vom DGB getragen wurde, die Nazi-Organisationen seien gemäß Art. 139 GG eigentlich „von vornherein als verboten zu betrachten“.

Die FAP-Programme: Die Sprache der Massenmörder

„Der FAP-Landesvorsitzende betonte in seiner Eingangsrede, daß die FAP sowohl in der Nachfolge der ANS/NA als auch der NSDAP stehe, daher habe man das ehemalige NSDAP-Programm aktualisiert und zur Grundlage der weiteren Arbeit der FAP gemacht.“ So heißt es in einem Bericht über den 1. Kongreß der FAP/NRW in Münster. Und zwar nicht etwa in einer internen Kongreßberichterstattung der Nazis, sondern — im Verfassungsschutzbericht 1984 (1. Halbjahr)!

von DIETRICH LOHSE

Die staatlichen Behörden wußten also von Anfang an um die Ziele der FAP — und ließen sie trotzdem zu zwei Wahlen antreten. In Niedersachsen wurden sie jetzt trotz dieses Wissens erneut als „legale Partei“ anerkannt, stellt man es ihnen frei, sich wiederum an einer Landtagswahl zu beteiligen.

„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; ... es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ — So heißt es im Potsdamer Abkommen. Das ist geltendes Völkerrecht. Das gilt auch für die Bundesrepublik, darauf bezieht sich der Art. 139 GG. Das klare Fazit: die staatlichen Behörden in der Bundesrepublik machten und machen sich des Verstoßes gegen geltendes Recht und (zumindest!) der Begünstigung faschistischer Umtriebe und Verbrechen schuldig, solange sie nicht die FAP auflösen, solange sie nicht gegen alle Nazi-Organisationen entsprechend vorgehen.

Die FAP hat das NSDAP-Programm aktualisiert und vorgelegt zur Landtagswahl 1985 in NRW. Dieses Wahlprogramm ist unter deutlicher Bezugnahme auf die „25 Punkte“ der NSDAP als Partei der „kleinen Leute“ hinzustellen. Wie ernst diese Demagogie gemeint ist, erhellt ein Blick in die Geschichte. Ein Jahr nach dem Machtantritt der Nazis bereits waren mit der Niederwerfung des sogenannten Röhm-Putsches am 30. 6. 1934 (die „Nacht der langen Messer“) diejenigen Kräfte niedergeschlagen, die an die soziale Demagogie der NSDAP geglaubt hatten; das Monopolkapital, Auftraggeber der Hitler-Partei, war stärker denn je.

Im folgenden einige kurze Ausschnitte — zunächst aus dem Wahlprogramm der FAP, dann aus den 25 Punkten der NSDAP:

1. Zur Arbeits- und Sozialpolitik

Dem Arbeiter, als wichtiger Faktor innerhalb der Volkswirtschaft, gebührt eine höhere Beachtung, insbesondere im innerbetrieblichen Bereich. Hierzu tritt die FAP für die Erarbeitung einer innerbetrieblichen sozialen Neuordnung ein, die unter anderem regelmäßigen Betriebs-sport, verstärkte Betriebsausflüge mit kulturellem Hintergrund, Erhöhung der Urlaubsfrist sowie Förderung des Gemeinschaftsgeistes vorsieht. Demgegenüber stellt der Arbeiter seine Pflichterfüllung und seinen Willen zur Leistung. (...)

3. Gesetzliche Einführung eines Arbeits- und Sozialdienstes für gemeinnützige Aufgaben. Hierzu können notorische Arbeitslose dienstverpflichtet werden. (...)

2. Zur Ausländerpolitik

Fast 6 Millionen Ausländer leben in der Bundesrepublik. Demgegenüber stehen 2,5 Millionen Arbeitslose. Rassenkrawalle erschüttern europäische Großstädte. Heute noch in London oder Amsterdam, morgen schon in Berlin-Kreuzberg oder in unserer Stadt. Die Türkeninvasion 1986 auf Grund der EG-Freizügigkeitsklausel muß verhindert werden. Die herrschenden Politiker haben dem nichts entgegenzusetzen. Der Integrationsraum ist ausgeträumt. Für die FAP kann es nur heißen: Ausländerückführung. (...)

3. Zum Lebens- und Umweltschutz

Die FAP setzt sich uneingeschränkt für den Umweltschutz als notwendige Voraussetzung zur Gesunderhaltung von Natur und Mensch ein. Die ökologischen Belange sollen mit einer funktionierenden Wirtschaft in Einklang gebracht werden. (...)

Der Umweltschutz sollte auch nicht einer grünen Chaos-Politik überlassen werden. (...)

4. Zur Erziehungs- und Familienpolitik

Das herrschende System ist auf dem besten Weg die Familie abzuschaffen. Die Familie ist aber die Keimzelle eines Volkes und für jeden Einzelnen eine Stätte des Glücks und der Geborgenheit in der Gemeinschaft. Deshalb fordern wir die großzügige Förderung kinderreicher Familien und Achtung und Verständnis für die deutsche Mutter. (...)

Statt den Jugendlichen unverständliche linkssoziologische Phrasen vorzusetzen, muß die Jugend auf das praktische Leben am Arbeitsplatz und in der Gemeinschaft vorbereitet werden. Die Gesundheit der Jugend zeigt sich besonders durch Freude an der körperlichen Ertüchtigung. Deshalb fordern wir den verstärkten Ausbau der Sportstätten und des Sportunterrichts in den Schulen.

Unsere Jugendlichen sollen stolz darauf sein, Deutsche zu sein. Dem entsprechend muß der Unterricht in den Schulen gestaltet werden.

5. Zur Landwirtschaft

(...) Die FAP sieht durch freiwillige Ernteeinsätze auf Bauernhöfen eine

Möglichkeit zur Senkung der Betriebskosten, ferner tritt sie für zinslose Aufbaudarlehen für Jungbauern ein. Brachliegende Höfe müssen rekultiviert, die ländliche Struktur erhalten werden. Der Ruin landwirtschaftlicher Betriebe muß ein für allemal beendet werden.

7. Zur Deutschland- und Europa-politik

(...) Das Ziel der FAP ist die Einigung Gesamtdeutschlands, eingebunden in ein Europa der Völker.“

(aus: „Grundsätze und Ziele der FAP“)

„1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Groß-Deutschland (...)

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-gesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. (...)

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-

Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden. (...)

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, *Brechung der Zinsknechtschaft*. (...)

(aus: Die 25 Punkte des Programms der NSDAP“, der Nationalsozialismus, Dokumente 1933 - 1945, Fischer-Bücherei 1957)

Soziale Demagogie in Anlehnung an den Sprachgebrauch der Nazis — dies zeichnet auch die Agitation der FAP-eigenen „Freien Betriebszellenorganisation“ (FBO; bei den Hitler-Faschisten: NSBO) aus. Da wird „Gemeinsamkeit und Miteinander in den Produktionsstätten“ statt „rücksichtsloser Machtkämpfe zwischen Gewerkschaften und Unternehmen“ gesprochen. Da wird, nun wörtlich wie unter Hitler, ein Bild entworfen, das den „deutschen Arbeiter Hand in Hand mit seinem Betriebsführer“ zeigt. „Miteinander statt Klassenkampf“ (das klingt sicher nicht zufällig so ähnlich wie bei CDU/CSU und FDP) heißt ihre Parole, die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung zum programmatischen Inhalt hat.

Wie frech die FAP-Faschisten sind, illustriert auch die März-Ausgabe ihrer „FAP-Nachrichten“. Auf der Titelseite werden unter der Überschrift „Bringen Ausländer Bürgerkrieg?“ Gewaltaktionen gegen unsere Mitbürger angekündigt: „Ausländer raus, bevor der Volkszorn erwacht!“ „Solange Hakenkreuzverbot, flaggen wir mit

schwarz-weiß-rot!“ erläutern die Nazis ihre „Flaggentaktik“. Auf der letzten Seite schließlich ein Höhepunkt rassistischer Hetze: „Rassenmischung ist Völkermord!“ heißt eine Parole, und die „Deutsche Frauenfront“ stellt sich mit den folgenden Sätzen vor:

„Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Geistes und Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für die Zukunft zu sichern, fordern wir:

1. Ein Ehegesetz, das besagt, daß nur Menschen verwandter Völker untereinander heiraten dürfen ...“

Das ist nun schon fast Originalton NSDAP, wie ein Blick in das Gesetz „zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15.9.1935 beweist. Dort heißt es:

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§1.1 Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten ...“

Den „Judengesetzen“ folgte die Massenvernichtung. Gestern die Juden, heute die Türken und andere. Das ist es, was die FAP will. Kein Demokrat in unserem Lande kann es hinnehmen, daß eine solche Partei existieren darf.

Gewerkschafter gegen CDU-Maßstäbe

Wirkliche Erfolge im antifaschistischen Kampf sind nur denkbar, wenn dieser Kampf von der Arbeiterbewegung maßgeblich getragen wird. Eine Binsenweisheit? Vielleicht. Wir wollen dennoch an dieser Stelle auch auf Fragen der Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit dem Kampf ums Nazi-Verbot eingehen.

Es ist nicht zu übersehen: Erfolge wie im Kampf gegen das FAP-Büro in Dortmund, für parlamentarische Äußerungen und Maßnahmen gegen die Faschisten hätte es ohne die massive Einschaltung von Belegschaften, Belegschaftsvertretungen, Gewerkschaftsorganisationen zumindest in dem heutigen Maße nicht gegeben. Die Unterschriftensammlung gegen die FAP, die Demonstration in Duisburg werden von vielen Gewerkschaftern und ihren Gruppen unterstützt und getragen. Es gibt wieder zahlreiche Anträge an Gewerkschaftstage, die das Verbot der FAP und der NPD, oft ausdrücklich aller faschistischen Organisationen fordern. Auf verschiedenen Kundgebungen der letzten Zeit, besonders gegen NPD-Treffen, stellten gewerkschaftliche Redner auch oft das Interesse der Industrie an faschistischen Tendenzen und Organisationen und den notwendigen Zusammenhang antifaschistischer

Aktionen mit dem Kampf gegen Wendepolitik, Sozialabbau, Rüstungspolitik heraus.

Ab und zu zeigt sich aber, daß reaktionäre Bestrebungen auch in den Gewerkschaften offene Anhänger finden, so daß ausgerechnet im Kampf ums Nazi-Verbot auch hier Stimmen laut werden, die — gleichzeitig und „ausgewogen“ — auch gegen links zu Felde ziehen möchten. Solche Stimmen gab es vor einiger Zeit beim DGB in Bielefeld, solche Stimmen waren erst kürzlich aus Duisburg zu hören, wo die Ortsverwaltung der IGM der Vertreterversammlung einen Antrag an den Gewerkschaftstag vorlegte, in dem die aus verschiedenen Betrieben erhobene Forderung nach dem Verbot der FAP und der faschistischen Organisationen um die Forderung nach dem Verbot „linksextremer Organisationen“ erweitert worden war. (Dieser Antrag wurde dann nicht verabschiedet, ein gegen die Nazi-Organisationen gerichteter Antrag hingegen angenommen.)

Es muß klar gesagt werden: Wer versucht, eine solche Politik in den Gewerkschaften und mit den Gewerkschaften zu betreiben, handelt wie ein Feind der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung, macht sich ganz konkret auch zu einem Werkzeug der CDU/

CSU, der „Wende“-Regierung, der zumindest doch der ganze Widerstand der Gewerkschaften zu gelten hat. Solche Vorfälle zeigen zudem, daß die innerhalb unserer Bewegung geführte Diskussion über die Frage, welche Bedeutung eventuell der Artikel 21 oder der Artikel 139 des Grundgesetzes haben, wenn man das Nazi-Verbot begründet, kein akademischer Streit, kein bloßes Gerangel um Worte ist.

Während in anderen Bundesländern die CDU sich den Bestrebungen für Verbot und Auflösung der FAP noch dreist und frech entgegenstellt, hat sie es in NRW nicht so einfach. Unter dem Druck der Bewegung hat sie sich sowohl in Stadtparlamenten als auch im Landtag Anträgen für das FAP-Verbot angeschlossen. Allerdings zeigt ein Blick in die Protokolle der Parlamentsdebatten, daß ihre Repräsentanten in Wahrheit ein schmutziges Spiel betreiben. Im niedersächsischen Landtag erklärte der CDU-Abgeordnete Thole am 20.12.85 unter anderem: „Ich meine, daß das nicht einseitig hin zum Neofaschismus gehen kann; denn dies ist, was die Zahl und die Kriterien angeht, im Verhältnis zum Linksextremismus insgesamt immer noch das kleinere Übel.“ (Hervorhebung von uns.) Im Landtag von NRW sagte CDU-Mann Klose im Dezember 85 unter anderem: „Die Gefahren drohen ... nicht nur von der rechtsextremistischen, sondern auch von der linksextremistischen Seite. Wir erwarten, daß der Landtag die heute geltend gemachten Maßstäbe auch in Zukunft in der Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen des politischen Extremismus anwendet. Dies gilt für die wachsende Zahl von Linksextremisten im öffentlichen Dienst ... Das gilt für die Bekämpfung

Fortsetzung auf Seite III

Polizei und Neonazis

In letzter Zeit wurde darüber berichtet, daß auch von Polizeibeamten das Verbot der FAP gefordert wurde, Polizisten beteiligten sich sogar an Kundgebungen gegen Faschisten. Das ist sehr zu begrüßen. Es kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Thema „Polizei und Nazis“ nach wie vor von anderen Schlagzeilen geprägt ist: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ ist ein Satz mit voller Gültigkeit. Auch kann man sich kaum damit zufrieden geben, wenn Polizisten sich gegen die Nazis aussprechen, aber gleichzeitig betonen, sie würden auf Befehl hin „natürlich“ weiter ihre Pflicht tun.

Zu diesem Thema sollen hier zwei Ausführungen zitiert werden, die im Rahmen eines Hearings gegen Nazi-Umtriebe in Dortmund im letzten Jahr von Dortmunder Antifaschisten im Sitzungssaal des Stadthauses gemacht wurden.

Zunächst ein Auszug aus dem Referat des Gelsenkirchener Schulleiters Wilhelm Funcke, der sich nach massiver Bedrohung („Funke, wir werden dich töten“) durch FAP-Faschisten auch an die Polizei gewandt hatte.

„In zwei Nächten hat die Polizei, die inzwischen das Haus observierte, ein Pärchen beobachtet, das zwei bis drei Stunden lang jeweils das Gelände genau inspizierte, um festzustellen, offensichtlich, ob das Haus von der Polizei beobachtet würde.“

Weil die Polizei vorher bescheid wußte, hat sie sich soweit zurückgehalten, daß sie nicht auffiel. Die Polizei hat auch gesehen, wie die

beiden unseren Briefkasten genauestens untersucht haben. Und da die Polizei wußte, um wen es sich handelte — eine Petra Lackmann aus Gelsenkirchen und einen Georg Martin aus Dortmund-Asseln — nahm sie an, daß es einen größeren Anschlag geben würde. Sie sah die Situation für so gefährlich an, daß sie uns riet, nicht nachts in der Wohnung zu sein; an dem folgenden Wochenende würde etwas passieren. Ein Brandanschlag oder schlimmeres wurde nicht ausgeschlossen.

Als an dem Wochenende nichts passiert war, sagte die Polizei uns, „Ziehen Sie wieder ein, Sie brauchen keine Angst zu haben, wir sind da, ein Beamter vor dem Haus, ein Hundeführer hinter dem Haus, ein Wagen links mit zwei Mann Besatzung, ein Wagen rechts mit zwei Mann Besatzung, die Leute werden kommen, aber sie können ruhig kommen, sie arbeiten dann unter Polizeiaufsicht. Wir lassen sie rankommen, lassen sie auch ihren Kanister heranschleppen, auch ihre Flüssigkeit ausgießen, aber: bevor sie die anzünden könnten, haben wir zugepackt.“

Ich hab' mir zwei Feuerlöscher aus dem Chemieraum besorgt und neben mein Bett gelegt. In der übernächsten Nacht brauchte ich sie. Die Polizei hatte sich nämlich um 1 Uhr schlafen gelegt. Um drei Uhr — viertel vor drei — waren die beiden wieder da. (...)

Die Polizei hat beide festgenommen am folgenden Tag. Den Dortmunder am Morgen gegen 5 Uhr, bevor er in seine Wohnung zurückkehren konnte, und hat dort eine Vielzahl von Beweismitteln festgestellt, unter anderem feldmarschmäßig gepackte Tornister und alles mögliche —

Ach ja, sicher, hab' ich vergessen: Die kamen also um 3 Uhr an und haben eine Plastiktüte mit Benzin über einen Wagen gegossen und angesteckt. Der Wagen ist völlig ausgebrannt, wir haben aber eine Explosion verhindern können. Die Polizei war nicht da. Hat aber dann die beiden festgenommen und auch beide Wohnungen durchsucht. Ein Beamter hat uns gesagt, daß in beiden Wohnungen FAP-Ausweise gefunden worden seien. — Das war nacher nicht mehr so. Nachher hieß es nur noch „neonazistische Ausweise“ seien gefunden worden, und ganz zum Schluß war es nur noch „neonazistisches Material“, das jeder Bürger, wenn er mal durch die Geschäftsstraßen geht, auch in die Hand gedrückt bekommen kann.

Am Abend der Festnahme habe ich dann bei der Polizei angerufen, um nachzufragen, ob wir mit Racheakten von irgendwelchen Gesinnungsgenossen rechnen müßten. Die Polizei hat gesagt „Ja, kann sein, können wir nicht ausschließen“, im übrigen sind die beiden wieder freigelassen, denn der Staatsanwalt schätzt die Beweislage als sehr vage ein — obwohl es zwei Tatzeugen gibt! — und außerdem handelt es sich lediglich um Sachbeschädigung. (...)

Nach dem Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchungen ist der eine vermutliche Täter doch wieder in Haft genommen worden. Ersitzt weiterhin in Untersuchungshaft. Und inzwischen haben wir auch erfahren, daß dieser Mann wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz — nicht gegen das Waffengesetz, sondern gegen das Kriegswaffengesetz — rechtskräftig verurteilt worden ist, zu einer Freiheitsstrafe von ich glaube mindestens einem Jahr, allerdings unter Bewährung. Wenn ich mir das vorstelle, kommt mir die Tatsache, daß die Polizei um 1 Uhr den Polizeischutz abgebrochen hat, ohne uns zu benachrichtigen, noch — ja ich würde beinahe sage, krimineller vor.“

Das ist lebendiger Anschauungsunterricht.

Mit vielen Polizeieinsätzen zum Schutz von Nazi-Versammlungen wollen wir uns hier nicht weiter be-

proklamieren unser Recht auf Widerstand gegen die Nazis und wir setzen es um, auch in konkreten Aktionen, ohne um die Erlaubnis der Polizei zu fragen. Wir fordern von den verantwortlichen Politikern in Dortmund und NRW: Machen Sie Schluß mit der Verharmlosung der Polizeieinsätze für Nazis. Ein Toter in Frankfurt — auch das nicht der erste — war schon viel zuviel!

Wir betonen entgegen anderslautenden Stellungnahmen: Die besonders im Zusammenhang mit dem 23.8. von Dortmunder Antifaschisten vorgebrachten Vorwürfe gegen die Polizei sind berechtigt. Sie bedeuten keine etwa unangebrachte „pauschale Verurteilung“ von Polizeibeamten. Und wir fordern auch etwas von Polizeibeamten, die für sich in Anspruch nehmen, sie seien auch gegen die Nazis, seien auch Demokraten, sie hätten nur — leider — ihre Befehle. Sicher, diese Befehle sind kriminell.



fassen, diese Beispiele sind bekannt. Genau dazu allerdings, Nazis zu schützen, haben manche Polizeibeamte zumindest keine Lust mehr. Das ist gut so. Wir übersehen nicht die Schwierigkeiten, in die sie selber dadurch geraten können. Zur Frage, was da zu tun sei, schließen wir uns allerdings dem an, was in Auswertung des Hearings in Dortmund festgestellt wurde:

„Schluß mit den Polizeieinsätzen zum Schutz der Faschisten!“

Die meisten Referate verdeutlichten, wie sehr der den Nazis immer wieder gewährte Polizeischutz zum Erfolg und zur Ausweitung ihrer Umtriebe beiträgt. Die Vorfälle bei der Büroöffnung in der Schlosserstraße sind in dieser Hinsicht nicht einmal in Dortmund der einzige Skandal, sondern Glied einer langen Kette. Zudem unterstrich besonders der Bericht des Gelsenkirchener Direktors Wilhelm Funcke, daß die Begünstigung der Nazis durch Polizei vor Ort und höchste Dienststellen an der Tagesordnung sind.

Dem treten wir genauso entgegen wie den Nazis selbst. Wir

Aber haben wir schon vergessen, wozu das Sich-berufen auf den Befehlsnotstand zum Schutz von Nazi-Umtrieben führen kann?

Von antifaschistisch gesonnenen Polizeibeamten fordern wir dasselbe, was wir von uns fordern: Ihre Gesinnung unter Beweis zu stellen. Trotz drohender Nachteile nicht für die Nazis auf die Straße zu gehen. Und von der Gewerkschaft der Polizei, die immerhin für sich in Anspruch nimmt, Mitglied des DGB zu sein, fordern wir, sich auch wie eine Gewerkschaft zu verhalten, nicht wie eine reaktionäre Standesorganisation — und dazu gehört: keine Entschuldigung unentschuldbarer Polizeiübergriffe, keine Beschönigung der unerhörten Zusammenarbeit von Polizeiorganen und Nazis. Stattdessen Organisation des Widerstands dagegen, und dazu gehört auch Arbeitsverweigerung und Streik, wenn der Einsatz zum Schutz der Nazis und gegen antifaschistische Mitbürger und Arbeiter, Gewerkschafter befohlen wird!

Und von den Politikern fordern wir natürlich nicht nur, Polizeieinsätze zugunsten der Nazis nicht zu verharmlosen, sondern sie zu unterbinden. Es ist Sache des Landesinnenministeriums, damit Schluß zu machen und umgekehrt Polizei gegen die Faschisten in Bewegung zu setzen.

Klimaveränderung

(...) Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Krisenerscheinungen und Massenarbeitslosigkeit, in einer Zeit, da die auf Drängen der maßgeblichen Unternehmerkreise in Bonn etablierte „Wende“-Regierung auf Konfrontationskurs gegen die organisierte Arbeiterschaft geht, werden auch offen faschistische Hilfstruppen gebraucht:

- zur Verbreitung von Angst und Unsicherheit
- um Unzufriedenheit, gerade von Jugendlichen, die sich ihrer Zukunftsaussichten beraubt sehen, aufzufangen und scheinbar gegen das System zu führen, sie in Wahrheit in ein den Herrschenden ungefährliches und nützliches Mobilisierungspotential gegen Ausländer, Demokraten, Kommunisten zu formen,
- zur Stabilisierung des organisierten Faschismus als denkbarer politischer, auch parlamentarischer Alternative im Bewußtsein der Menschen,
- zur Verankerung brutalster Krisenbewältigungs-Theorien unter der Bevölkerung.

Da können die Herrschenden antesten, wie weit solche Parolen bereits wieder auf fruchtbaren Boden fallen und in die offizielle Sprache der Politik aufgenommen werden können. Da können sich noch die reaktionärsten politischen Kreise als „Kräfte der Mitte“ hinstellen — indem sie sich formal auch gegen die Nazis abgrenzen und gleichzeitig immer mehr demokratische Freiheiten abbauen.

Die Politik, die besonders die Bonner Regierung verfolgt, mit ihrer aggressiven Ausländerverdrängungspolitik zur Spaltung der Arbeiterschaft, mit ihren Angriffen auf grundlegende gewerkschaftliche Rechte — diese Politik schafft ein Klima, in dem Nazis besonders gut gedeihen können. Wichtige Aspekte einer solchen Politik finden sich allerdings auch in NRW wie allen SPD-regierten Ländern.

Wir kämpfen für eine „Klimaveränderung“. Dazu gehört die Durchsetzung des FAP-Verbots und der tatsächlichen Auflösung ihrer Organisationen, die Zerschlagung ihrer Kaderstrukturen und kompromißlose Verfolgung aller Bestrebungen, sie neu zu errichten. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Demontage auch der NPD und aller anderen Nazi-Organisationen.

Dazu gehört es, Ausländerdiskriminierung entgegenzutreten und stattdessen die vollständige Gleichberechtigung von Ausländern und Deutschen durchzusetzen. Maßnahmen wie die Zuerkennung des kommunalen Wahlrechts, das die Landesregierung veranlassen könnte, wären Schritte in diese Richtung.

Dazu gehört der Widerstand gegen den Ausbau des Überwachungsstaates. Dazu gehört der Widerstand gegen aufblühenden Nationalismus und Revanchismus. Dazu gehört es, die Kampfkraft der Gewerkschaften gegen alle Anschläge zu verteidigen.

Aber damit sind wir nicht zufrieden: Wir wollen alles. Die Arbeiter sollen sich alles nehmen — und mit dem Sturz der Unternehmerrmacht, mit der Beseitigung der Ausbeutung auch die Grundlagen für die faschistische Gefahr selbst beseitigen. Arbeitermacht, Sozialismus — das ist die Perspektive, für die wir uns einsetzen.

Diesen Artikel haben wir dem „Pottkieker“, der Dortmunder Zeitung der KPD, entnommen.

Fortsetzung von Seite II

fung jener radikalen Minderheit von Chaoten und Berufsdemonstranten, die ... unter Mißbrauch des Rechts auf Demonstrationsfreiheit demokratische Veranstaltungen zu verhindern suchen und die Bürger durch terroristische Aktionen in Angst und Schrecken zu versetzen trachten. ...“ (Er meint nicht die „Borussenfrontler“. Er meint unter anderem wohl Antifaschisten, die gegen NPD-Parteitage auftreten.)

Wer dieses schmutzige Spiel auch in die Gewerkschaften hineintragen will, den muß man nachhaltig in die Schranken verweisen. Arbeiterpolitik und CDU-Politik sind unvereinbar, nicht nur beim § 116 AFG. Arbeiterpolitik und Antikommunismus auch. Unser Feind steht immer rechts.

Warum fordern wir das Verbot der faschistischen Organisationen?

— Zu einigen Argumenten der Autonomen Bewegung —

von W.T. und KLAUS DILLMANN

Wir fordern das Verbot der FAP und aller anderen faschistischen Organisationen. Innerhalb der antifaschistischen Bewegung werden gegen eine solche Verbotsforderung verschiedene Argumente vorgebracht. Das wohl am häufigsten vorgebrachte Argument: Wenn man an diesen Staat die Forderung nach einem Verbot faschistischer Organisationen stellt, macht man den Bock zum Gärtner, appelliert man an eine Instanz, die die Faschisierung aktiv vorantreibt, und erweckt deshalb die Illusion, dieser Staat sei demokratisch.

Diese Auffassung wird so oder ähnlich insbesondere bei den Autonomen, aber auch innerhalb der Grünen und häufig auch von linken Sozialdemokraten vertreten. Unsere Meinung dazu ist: Wir wissen, daß der hiesige Staat Ausdruck und Instrument der Klassenherrschaft des Kapitals ist. Wir wissen, daß die bürgerliche Demokratie nur dem Schein nach Macht des Volkes ist. In Wirklichkeit herrscht nicht das Volk, sondern die Kapitalistenklasse. Die Kapitalisten sind es, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Staates haben. Der Faschismus ist eine — wenn auch besondere — Form der Klassenherrschaft des Kapitals. Also liegt auf der Hand, daß der Kapitalismus ein Interesse an der Förderung faschistischer Organisationen haben muß. Das ist aber erst ein Teil der Wahrheit.

Die Kapitalisten haben ein Interesse am Faschismus, sie haben ebenso ein Interesse an der bürgerlichen Demokratie. Ihr tieferes Interesse ist aber weder das eine noch das andere, vielmehr ist es die Erhaltung und die Stärkung ihrer Klassenherrschaft. Die Form, in der dies geschieht, ist diesem wesentlichen Interesse untergeordnet.

Das heißt keineswegs, daß den Kapitalisten die Form ihrer Herrschaft egal ist. Es ist auch nicht unklar, welche die Wunschform ihrer Klassenherrschaft ist: Das ist die bürgerliche Demokratie. Denn diese ist am ehesten in der Lage, den Rauchvorhang der Illusion über die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse zu legen. Je mehr sie verfliegt, desto dringender müssen sie für Ersatz sorgen. Historisch gesehen, ist es vom subjektiven Willen der Kapitalisten nicht ab-

hängig, welche Form der Klassenherrschaft von ihnen praktiziert wird. Je schärfer der Klassenkampf sich zuspitzt, je bedrohter die Klassenherrschaft des Kapitals ist, desto offener setzen die aggressivsten Teile des Finanzkapitals den Faschismus auf die Tagesordnung.

Keineswegs tut dies reibungslos und widerspruchsfrei die gesamte Kapitalistenklasse. Schon gar nicht fordern dies automatisch die den Kapitalisten nahestehenden Bevölkerungsschichten. Der Faschismus wird auch nicht über Nacht eingesetzt, die bürgerliche Demokratie geht nicht bruchlos in den Faschismus über. Und — dies ist entscheidend für die Verbotsforderung — es ist der Arbeiterklasse ganz und gar nicht gleichgültig, ob der Faschismus herrscht oder die bürgerliche Demokratie.

Die Geschichte hat gezeigt, daß unter dem Faschismus die Arbeiter-

klasse so gut wie keinen Bewegungsspielraum hat. Demgegenüber bietet die bürgerliche Demokratie eine Reihe von gesetzlichen Möglichkeiten, die ihr mehr Spielraum belassen, als der Faschismus ihr je ließe.

Den heutigen Staat der BRD schon als faschistisch zu bezeichnen, ist falsch und bedeutet eine erhebliche Unterschätzung des Faschismus. Zwar hat ein ständiger Abbau demokratischer Rechte stattgefunden und findet weiterhin statt (Notstandsgesetze, neue Sicherheitsgesetze). Zwar unterliegt die militärische, polizeiliche und geheimdienstliche Infrastruktur keiner demokratischen Kontrolle. (In welcher bürgerlichen Demokratie war dies je der Fall?) Es ist jedoch falsch, heute schon von einem faschistischen Staatsapparat zu sprechen.

Zwar ist der Demokratie-Abbau in großem Maße im Gange, aber das heißt nicht, daß sowieso kein Einfluß von uns auf diesen Staat genommen werden könnte. Und das heißt auch nicht, daß wir daran sowieso kein Interesse hätten, nur weil die Ursache beider Staatsformen die kapitalistische Produktionsweise ist. Auch als unfreiwillige Steuerzahler wollen wir ein wenig darüber mitzureden haben, was mit unseren Steuergeldern geschieht.

Falsch ist es auch, Kapitalinteressen, Imperialismus, Staat, Faschismus, Militär und Repressionsapparat als austauschbare Begriffe zu verwenden, wie dies bei den Autonomen üblich ist. Unterschiedliche Auffassungen innerhalb unter-

schiedlicher Gruppen des Kapitals spiegeln sich — wenn auch in mehrfach gebrochener Form — in verschiedenen staatlichen Bereichen wider. Ein Beispiel: Juristische Entscheidungen zur Frage des Verbots faschistischer Organisationen (wie auch in der Frage des Verbots linker Organisationen) sind nicht einheitlich, sondern deuten auf Widersprüche innerhalb der Justiz hin. Und darüber hinaus.

Die Position von Teilen der Autonomen (wir beziehen uns hier auf die Nullnummer des Antifa-Info-Rundbriefes der Antifaschistischen Aktion in Duisburg) ist: „Der Staat selbst hat ein Interesse an neonazistischen Organisationen, also warum soll er diese verbieten?“ Nun, wäre es so einfach, dann dürfte der Staat sie auch nicht verbieten. Aber es passiert ja nun doch. Wie geschehen mit der ANS/NA. Hierauf antworten unsere Autonomen: „Passiert dies doch einmal, dann nur, damit der Staat sich ein demokratisches Mäntelchen umhängen kann ...“ Daß diese Argumentation nicht ganz schlüssig ist, merken sie selbst (denn dann wäre es ja am sinnvollsten, die Faschisten allesamt und sofort zu verbieten, damit aus dem Mäntelchen ein passabler Mantel wird), also fügen sie hilfsweise hinzu: „... oder um den starken öffentlichen Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen, quasi diese zu integrieren.“

Auch dieses Argument zielt daneben. Entweder man akzeptiert, daß der Staat kein Interesse an „öffentlichem Wind“ gegen die Faschisten hat und durch die

öffentlichen Proteste in seinen Handlungen zu beeinflussen ist, oder aber man akzeptiert dies nicht. Wenn man aber (wie indirekt eingeräumt wird) auf den Staat Einfluß nehmen kann, warum sollte man sich diese Chance freiwillig entgehen lassen?

Bleibt das Argument, daß bei Maßnahmen, die der Staat auf den öffentlichen Druck hin ergreift, eine integrierende Wirkung ausgeübt wird. Es liegt nicht zuletzt an unserer Aufklärungsarbeit, wie weitgehend so etwas gelingt. Auch die Autonomen werden zugeben müssen, daß eine zunehmende Zahl Menschen den undemokratischen Charakter dieses Staates erkennen, auch wenn er die ANS/NA verboten hat.

Richtig an den Überlegungen der Autonomen ist: Sie fordern die antifaschistische Bewegung auf, nicht „bei der platten Forderung ‚Verbot der FAP‘ stehenzubleiben.“ Ein konsequentes Verbot der FAP müsse eigentlich dahingehen, „alle revanchistischen und rassistischen Ansätze zu verfolgen, alle Aktivisten und Anführer abzuurteilen, jegliche Neugründungen zu verhindern und die Förderer öffentlich zu demaskieren.“

Genau, das muß tatsächlich Inhalt der antifaschistischen Arbeit sein, und deshalb muß die Kampagne zum Verbot der FAP ausgeweitet werden und in eine breite demokratische Volksbewegung mit dem Ziel des Verbots aller Nazi-Aktivitäten münden. Aber „damit würde sich der Staat und das Kapital selbst ins Fleisch beißen“? Nun, kann uns das stören? Soll er doch!

Liebe autonome Freunde, wenn ihr damit sagen wollt, das lasse sich ja sowieso nicht durchsetzen, was bitte schön, glaubt ihr dann, überhaupt gegen das Kapital durchsetzen zu können? Eure Perspektive heißt: Ohnmacht!

Das Hauptanliegen der antifaschistisch-demokratischen Bewegung ist auch heute, mit allen Mitteln zu verhindern, daß erneut eine Massenbasis für den Faschismus entsteht. Unser Hauptmittel dabei ist politische Aufklärung innerhalb der Bevölkerung. Die Forderung nach dem Verbot der Faschisten ist ein Instrument, die politische Einflußnahme des Faschismus zu beschneiden.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß mit dem Verbot der politische Einfluß des Faschismus beseitigt wäre. Kann er auch gar nicht, solange die Ursache des Faschismus, die kapitalistische Produktionsweise, weiterbesteht. Wir gehen auch nicht davon aus, daß das Eintreten für das Verbot aller faschistischen Organisationen den aktiven Kampf gegen das Kapital und seine reaktionäre Politik und den Kampf gegen die Nazi-Organisationen auf der Straße ersetzen kann.

Und wir verzichten nicht darauf, auch CDU-Mitglieder und — wo dies möglich ist — Mitglieder faschistischer Organisationen zu überzeugen. Wir bedienen uns aller Ebenen der politischen Auseinandersetzung. Dazu gehört auch die juristische Ebene.



„zum thema“, die Beilage im „Roten Morgen“ — Zeitung der KPD.

Kontakt zur KPD: über die lokalen Kontaktadressen oder das Zentrale Büro: KPD, Wellinhofer Str. 103 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691.

Die Zeitung „Roter Morgen“ erscheint 14tägig zum Einzelpreis von 1,50

Mark. Sie kann mit diesem Coupon bestellt werden.

Ich bin interessiert an:

- ☐ einer Probenummer der Zeitung „Roter Morgen“
- ☐ weiteren Materialien der KPD
- ☐ ich möchte Mitglied der KPD werden.

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ab.Nr.

- ☐ jährlich 40 DM
- ☐ halbjährlich 20 DM
- ☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM

☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen

☐ Ich bitte um Vorausrechnung

☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name

Vorname

Straße:

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 440501199) Postscheckkonto Dortmund 79600 - 461

Vorbereitung des IGM-Gewerkschaftstages

Bericht von der Hamburger Vertreter/innen-Versammlung

Insgesamt 53 Anträge stellen Vertrauenskörper, der Ortsfrauen-, Ortsjugendausschuß und die Ortsverwaltung (OV) an die Vertreterversammlung (VV) zur Beschlußfassung für den Gewerkschaftstag. Wesentliche Inhalte der gestellten bzw. verabschiedeten Anträge und die Form ihrer Behandlung durch OV und VV will dieser Beitrag darstellen.

Bereits bei der Beratung der Anträge zum 13. Gewerkschaftstag der IGM gab es heftige Auseinandersetzungen darüber, wie die VV die von der OV (als eine Art Antragskommission) zusammengefaßten oder geänderten Anträge behandeln sollen. Aus Protest über das Verfahren verließen damals nicht wenige die Versammlung, allerdings ohne daß das zu einer Beschlußfähigkeit (weniger als 50 Prozent der gewählten Vertreter) und Vertagung führte.

In diesem Jahr wurden nach dem üblichen Revisionsbericht die zehn Delegierten/innen mit jeweiligen Stellvertretern/innen zum Gewerkschaftstag gewählt. Alle Vorschläge der OV wurden abgesegnet. Diese Vorschläge bekamen gut 2/3, die zusätzlich vorgeschlagenen 1/3 der Stimmen. Das kann zwar keine Begeisterung auslösen, entspricht aber dem in der Vergangenheit schon deutlich gewordenen Kräfteverhältnis.

Die Anträge lagen in ihrer ursprünglichen Form den Vertretern/innen Anfang Mai vor. Am 12. 5. tagte die erweiterte OV (acht OV-Mitglieder plus Leitungen der Beschäftigungsbereiche und des Vertrauensleiteausschusses, die Vorsitzenden der Ausschüsse und Nebenstellen und die Sekretäre der Verwaltungsstelle). Sie beschloß die Vorschläge für die Delegierten und gab Empfehlungen zur Behandlung der Anträge. Ab 13. 5. mittags, also zwei Tage vor der VV, bekam, wer sich erkundigte, die neue Beschlußvorlage. Dadurch lag bestenfalls einem Drittel der Vertreter/innen die Beschlußvorlage einen Tag vor der Versammlung vor. Um es deutlicher zu machen: Die Mehrheit der Vertreter/innen mußte nun entweder während der Versammlung entscheiden, was in der Zusammenfas-

sung der über 50 Anträge in der neuen Form fehlte, was schier unmöglich ist, oder auf Gedeih und Verderb den Empfehlungen der OV folgen. Letzteres war leider die Regel.

Daher kam vor Beginn der Beratung der Antrag, sich nur mit der allen bekannten ursprünglichen Form der Anträge zu befassen. Mit der Ablehnung dieses Antrages entmündigte sich die VV selbst. Auch Änderungen zum Verfahren hatten keine Mehrheit. Wer über die ursprünglichen Anträge beraten wollte, mußte erst eine Mehrheit gegen die OV-Vorschläge erreichen, sonst waren die entsprechenden Anträge erledigt.

Trotz intensiver und sachlicher Diskussion zu den Anträgen setzte sich in jedem Fall die Empfehlung

Ärger gab es beim A2 **Alternative Produktion**. Die betrieblichen Arbeitskreise Alternativer Produktion aus Kiel, Bremen und Wilhelmshaven hatten als Ergebnis zweier Wochenendtagungen gleiche Anträge gestellt. Obwohl sich ein VK-Leitungsmitglied von Ross Industrie/HDW und der VK-Leiter von Blohm & Voss für die ursprüngliche Form des Antrags einsetzten, wurde die geänderte Fassung angenommen.

Die Verabschiedung des A 13 § 116 und Verbot der Aussperrung ist ein Erfolg, der verdeutlicht, wie groß der Einfluß der Forderung nach Aussperrungsverbot in Hamburg inzwischen ist. In ähnlicher Form hatten dazu drei VKs (Ortmann & Herbst, Ross Industrie und Still) Stellung bezogen. (Der

schaftsausschlüssen (HDW: RGO-Liste und Aktive Metaller, Daimler: oppositionelle Betriebsratsliste u. a.), die heute alle wieder IGM-Mitglieder sind, soweit sie noch in diesem Bereich arbeiten, lag der VV ein Antrag 10 vor, die **Unvereinbarkeitsbeschlüsse** gegen Mitglieder verschiedener linker Organisationen von 1973 zu streichen. Mit einem eindeutigen Bekenntnis zu diesen Beschlüssen und der Ankündigung, er werde auf der nächsten Vorstandssitzung um die faschistische FAP ergänzt, wurde der Antrag aufgerufen. Trotz eines Diskussionsbeitrages, der sich für Annahme aussprach, folgte die Versammlung mit klarer Mehrheit der OV-Empfehlung „Keine Weiterleitung“.

Hatte die OV behauptet, „nach intensivem Studium der bestehenden Beschlußlage übersichtliche und überzeugende Antragsfassungen zu erstellen“, machte sie zu zwei Anträgen, Blüm auszuschließen, den Vermerk „Weiterleitung in geänderter Fassung“. Tatsächlich fordert der Antrag aber jetzt:

1. ...
2. Die IG-Metall wird sich weiterhin und verstärkt im Vorfeld der Bundestagswahlen 1987 für eine arbeitnehmerfreundliche Politik und für die Ablösung Norbert Blüms als Minister einsetzen.
3. Diese Zielsetzung hat Priorität vor allen möglichen innerorganisatorischen Sanktionen, die z. Zt. beraten werden.“

Das ist, was die innergewerkschaftlichen Konsequenzen betrifft, eben das Gegenteil des Antrags. Da nutzt auch der Hinweis, der ehemalige (sozialdemokratische) Reichspräsident Ebert sei ja damals auch aus seiner Gewerkschaft ausgeschlossen worden, nichts mehr — der OV-Empfehlung wurde gefolgt.

Obwohl sie einen Eingriff in eine andere IGM-Verwaltungsstelle befürchtete, unterstützte die OV die Annahme eines Antrages zu den Vorfällen bei BMW in Berlin, allerdings in stark abgeschwächter Form (A 14).

A 15 fordert die Durchführung von **Frauenförderplänen**, um den Einfluß der Frauen in der IGM zu stärken. Er bezieht sich dabei auf die Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz. (Der Antrag wurde nur mündlich vorgetragen.)

Die **ersatzlose Streichung des § 218** wird im Antrag 17 u. a. gefordert, der angenommen wurde.

Anträge, die die Verankerung von Mitgliederversammlung und VK in der Satzung forderten oder die Wahl der Tarifkommissionsmit-

glieder in den Betrieben, hatten keine Chance.

Ein von der OV selbst gestellter Antrag deutet m. E. direkt in die falsche Richtung. Die verstärkte **Angestelltenwerbung** soll „auf der Grundlage der neuesten Erkenntnisse über die Beitrittsbereitschaft typischer Angestelltengruppen eine wirkungsvolle Konzeption zur Werbung von Angestellten“ entwickelt und „der gesamten Organisation als verbindliche Aufgabe“ übertragen werden. Dabei „sollen auch professionelle Erfahrungen und Methoden aufgegriffen werden“. Inzwischen wurde bekannt, daß bei MBB in Hamburg geplant ist, die Mitgliederwerbung mittels einer Werbeagentur zu betreiben. So scheint dieser Antrag, neben der notwendigen Aufgabe, die gewerkschaftliche Arbeit unter den Angestellten zu verstärken, eine Entwicklung der IGM zur Dienstleistungsorganisation zu begünstigen.

Fazit:

Es ist richtig und notwendig, in den Vertrauenskörpern (und darüber hinaus in den Belegschaften) Anträge zum Gewerkschaftstag zu beraten. Wie anders soll sonst beim kämpferischen Teil der Arbeiterklasse ein Wille entstehen, selbst die Führung ihrer Organisation zu übernehmen, wenn noch nicht mal der Versuch unternommen wird, Einfluß auf ihre heutige Entwicklung zu unternehmen.

Die Hamburger Anträge geben, auch in der jetzt verabschiedeten Form, positive Anstöße auf die gewerkschaftliche Diskussion (Arbeitszeitverkürzung, Alternative Produktion, Aussperrung u. a.) Und das wäre ohne Eingreifen der Linken so nicht der Fall gewesen, weil den heute in der IGM tonangebenden Kräften allein diese Feld überlassen worden wäre.

Allerdings sollte eine bessere, kontinuierliche und vor allem breitere Vorbereitung solcher innergewerkschaftlicher Arbeit die Regel werden.

Erst dadurch wird den Kräften, die nicht kopflos dem heutigen Kurs folgen, überhaupt eine Alternative gewerkschaftlicher Arbeit deutlich.

(ftr)

Dieser Artikel versteht sich auch als Aufforderung an weitere Genossinnen und Genossen über die Schwierigkeiten und Erfolge in ihrer gewerkschaftlichen und politischen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft zu berichten. Der Verzicht darauf hat zu einem erheblichen Mangel, nicht nur im Inhalt des „Roten Morgen“, geführt.



der OV durch. Nur ein Antrag zu Frieden und Abrüstung machte eine Auszählung notwendig. Er wird dem Gewerkschaftstag allerdings trotzdem vorliegen, da er bereits fast gleich von der Bundesangestelltenkonferenz beschlossen wurde.

Zu einigen wichtigen Anträgen: Im Antrag 5a/6 werden wichtige Forderungen zum Bereich **Arbeitszeit/Überstunden** zusammengefaßt (siehe Kasten). Was wegfiel: Die Forderung nach Abbau technischer nicht notwendiger Mehrarbeit und die Aufforderung, der Vorstand der IG Metall solle „eine bundesweite öffentliche Aktion gegen Überstunden“ einleiten und „alle Organisationsgliederungen verpflichten, daran mitzuwirken“, bzw. eine entsprechende Aktion des DGB zu erreichen.

§ 615 BGB — Lohnzahlungspflicht — sollte auch im RM umgehend mit in diese Debatte einbezogen werden!)

Es ist sicher nicht richtig, wenn im letzten Satz des beschlossenen Antrags ausdrücklich von gewerkschaftsvernichtenden Dimensionen im Zusammenhang von § 116 und Aussperrung gesprochen wird. Auch fehlt die ursprüngliche Forderung nach einer „umfassenden Strategie“ und „Diskussionen um ein Mobilisierungs- und Handlungskonzept“ und, wie schon beim Antrag 5a/6, der konkrete Aktionsvorschlag (siehe vorletzten Absatz des Antrages). Trotzdem ein Erfolg.

Aufgrund der leidvollen Hamburger Erfahrungen mit Gewerk-

Antrag 5a/6: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag möge folgende Entschliebung verabschieden:

Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist und bleibt für die IG Metall eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Die gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß neben notwendigen struktur- und wirtschaftspolitischen Veränderungen weitere Arbeitszeitverkürzungen unverzichtbar sind, um der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und den voraussehbaren technologischen Veränderungen begegnen zu können.

Der erste Schritt zur 35-Stunden-Woche — die 38,5-Stunden-Woche — hat bewiesen, daß Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze erhält und neue schafft. Deshalb wird die IG Metall ihren Kampf zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unbeirrt fortsetzen und intensivieren.

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, für die weiteren tarifpolitischen Auseinandersetzungen im Kampf um Arbeitszeitverkürzungen eine Gesamtstrategie zu koordinieren und entsprechende Aktionen einzuleiten, mit folgenden Schwerpunkten:

- Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und gleichmäßiger Verteilung auf die fünf Wochentage von Montag bis Freitag, ohne Differenzierung der individuellen Arbeitszeit.
- Ziel weiterer notwendiger Arbeitszeitverkürzung ist die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- Massive Einschränkung von Mehrarbeit durch gesetzliche und/oder tarifliche Regelungen.
- Verschärfte Kontrolle der Arbeitszeitregelungen, die Mehrarbeit nur in Ausnahmefällen zulassen.
- Abgeltung unvermeidbarer Mehrarbeit durch Freizeitausgleich.
- Bekämpfung und Verbot der Leiharbeit.
- Bekämpfung von Zeitverträgen und Abschaffung des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes.

Zur wirkungsvollen Durchsetzung dieser Gesamtstrategie sind auch die anderen DGB-Gewerkschaften und die erwerbslosen Mitglieder als aktive betroffene Kraft mit einzubeziehen.

Antrag 13: Kampf gegen die Aussperrung

Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall stellt fest:

1. Die Änderung des § 116 AFG hat die gewerkschaftliche

Streikfähigkeit eingeschränkt, damit die Unternehmer begünstigt und Eigentumsrechte der Versicherten ausgehöhlt.

Alle zu Gebote stehenden Mittel müssen eingesetzt werden, um diese Änderung wieder rückgängig zu machen.

2. Diese wesentliche Beeinträchtigung unserer Durchsetzungskraft erfordert die Mobilisierung weiteren Widerstandes und die Problematisierung der sogenannten heißen Aussperrung als menschenverachtendes Kampfmittel im Rahmen der Übermacht des Kapitals.

Daher muß die IG Metall beide Arbeitgeberinstrumente gleichzeitig bekämpfen. Dies muß auf allen politischen und gewerkschaftlichen Ebenen erfolgen,

- durch erneute Forderung nach bundes- und landesgesetzlichem Aussperrungsverbot;

- Die Aufhebung der erfolgten Änderung des § 116 AFG und das Verbot der heißen Aussperrung sind zu Prüfsteinen bei Wahlen zu machen;

- Die Lohnzahlungspflicht nach § 615 BGB muß erneut in den Vordergrund gerückt werden, damit Lieferschwierigkeiten oder Nachschubmängel nicht zur Lohnminderung führen.

Den Arbeitnehmern und Bürgern muß deutlich werden, daß die Änderung des § 116 AFG in Verbindung mit der noch nicht verbotenen „heißen“ Aussperrung eine gewerkschaftsvernichtende Dimension unternehmerischer Kampfmittel darstellt.

Seit dem 1. März 1986 ist die „Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung“ in Kraft. Am 19.2.86 wurde sie vom Kabinett beschlossen, einen Tag später im Bundestag diskutiert. Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst sind nichts Neues. Es gibt sie z.B. auf Länderebene — mit unterschiedlicher Qualität — seit 1983. Ein Frauenförderplan auf Bundesebene aber verdient naturgemäß besondere Beachtung. Erstens, weil diese Regierung seit einem Jahr den Anspruch erhebt, die Gleichberechtigung der Frau durchsetzen zu wollen. Zweitens, weil alles, was auf Bundesebene geschieht, Signalwirkung besitzt — im Guten wie im Schlechten.

von KARIN WAGNER

Der Status quo in der Bundesverwaltung

Bei der Bundesverwaltung, also den Ministerien, dem Bundespräsidialamt, Bundesrechnungshof usw., sind insgesamt 24329 Menschen beschäftigt. Von diesen Beschäftigten sind 7252 (rund 30%) Frauen. Das ist nicht gerade viel. Und trotzdem zeigen diese Zahlen noch nicht die wahre Situation.

Denn läßt man den Bereich der Teilzeitbeschäftigten und mit Zeitvertrag Beschäftigten (1456 Beschäftigte, davon 1310 Frauen) einmal beiseite, dann sieht die Situation noch wesentlich ungünstiger aus. Von den 22817 Vollzeitbeschäftigten stellen die Frauen nämlich nur noch 26% (5942).

Die meisten dieser Frauen sind Angestellte, nämlich 4699. Damit stellen sie 63,6% der Beschäftigten in diesem Bereich, sind aber — wie nicht anders zu erwarten — im Höheren Dienst nur mit 28,9% und im Gehobenen Dienst nur mit 45,6% vertreten. Im Mittleren Dienst stellen sie dafür 72,8% der Beschäftigten.

Im Beamtenbereich der Bundesverwaltung sind die Männer nach wie vor weitgehend unter sich. Der Anteil der Frauen beträgt hier ganze 7,6%. Daß die meisten Frauen auch hier im Mittleren Dienst beschäftigt sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Alle hier aufgeführten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1983. Sie sind in der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD aus dem Jahre 1984 enthalten. Leider finden sich dort keine Angaben (sie wurden auch nicht erfragt) über die jeweiligen beruflichen Tätigkeiten von Männern und Frauen. Tatsächlich ist die relativ starre Aufteilung in „Männerberufe“ und „Frauenberufe“ aber ein wesentlicher Grund für die Diskriminierung von Frauen im Öffentlichen Dienst. Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen.

Zum einen die Ausbildungspraxis von Bahn und Post im gewerblich-technischen Bereich. Die beiden Tabellen auf dieser Seite zeigen, wie krass die Situation ist, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß 1982/83 der Modellversuch des Bundes „Erschließung

„Seid nett zu den Frauen“



oder „Frauenförderung Marke Zimmermann“

Die „Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung“ verpflichtet den Arbeitgeber Bundesregierung praktisch zu gar nichts.

gewerblich-technischer Ausbildungsberufe für Mädchen“ lief! (Dieser Modellversuch wurde übrigens Anfang 1985 eingestellt.)

Das zweite Beispiel stammt aus Dortmund. Bei der Stadt Dortmund (incl. Kliniken und Erziehungsbereich) waren 1983 fast 50% der Beschäftigten Frauen. Fast 45% dieser Frauen konzentrierten sich aber in nur drei Berufen: Putzfrau, Bürogehilfin, Krankenschwester.

Es ist völlig klar, daß es für Frauen im Öffentlichen Dienst keine Gleichheit bei Lohn/Gehalt und Aufstiegschancen geben wird, solange dieser Teilung in „Männer“- und „Frauenberufe“ nicht der Garaus gemacht wird. Hier den Finger auf die Wunde zu legen, ist deshalb ein Muß für jeden Frauenförderplan für den Öffentlichen Dienst, der mehr als kosmetische Verbesserungen erreichen will.

Die „Richtlinie“

Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und einer der Verfasser der „Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung“ kommentiert sein Werk folgendermaßen: „Die Bundesregierung nimmt es ernst mit ihren

Programmen, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen

Männliche „Upper-class“

„Wahr ist auch: In der Upper-class der öffentlich Bediensteten sind die Männer unter sich. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Nur 2 Prozent der leitenden Positionen der Bundesbehörden werden von Frauen besetzt. Konkret heißt dies: Unter 133 Abteilungsleitern finden sich 2 Frauen; unter 250 Unterabteilungsleitern 7; 518 Männer dürfen sich ‚Leitender Regierungsdirektor‘ nennen, aber nur 23 Frauen. Das ist die Realität.“

(Schröder, SPD in der Bundestagsdebatte am 20.2.86)

Mannomann!

„Also, ich kann nur sagen: Der vom Bundesinnenminister vorgelegte Entwurf kann von den betroffenen Frauen nur als Brückierung empfunden werden. Denn er verpflichtet niemanden zu irgendetwas. Sein Tenor ist nur eines: Seid doch bitte nett zu den Frauen!“

Zwischenrufe: Hüsch (CDU/CSU): Das ist doch schon etwas! — Frau Pack (CDU/CSU) und Frau Karwatzki (CDU/CSU): Das ist doch schon was!

!!!
(Aus dem Redebeitrag des SPD-Abgeordneten Schröder)

voranzubringen und in den Bereichen weiter aktiv zu werden, wo auch günstige Entwicklungen der letzten Jahre noch nicht zu restlos überzeugenden Ergebnissen geführt haben.“ (Hervorhebung — RM). Was soll man von jemandem erwarten, der den status quo in der Bundesverwaltung noch nicht „restlos überzeugend“ findet? Und dementsprechend ist die „Richtlinie“ auch.

Bis auf den Punkt 1 „Stellenausschreibungen“ vermeidet sie sorgfältig alles, was irgendwie als Anordnung oder auch nur als klare, eindeutige Aussage zugunsten der Frauen verstanden und deshalb von Frauen zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzt werden könnte. Und das war auch von Anfang an so gedacht. In einem Schreiben von Staatssekretär Neusel an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages, der über die „Richtlinie“ zu beraten hatte, heißt es ausdrücklich, daß mit dieser „Richtlinie“ an die Personalverwaltungen appelliert werden solle. Dies, so Neusel, erscheine hilfreicher als Rechtsvorschriften zu erlassen.

Ein Frauenförderplan, der nichts ist als ein bloßer Appell, ist nicht viel wert. Aber immerhin könnte auch ein Appell ja noch die Aufforderung enthalten, Frauen bevorzugt einzustellen. Doch die „Richtlinie“ der Bundesregierung enthält eine solche Aufforderung nicht. Stattdessen heißt es dort, daß Frauen „angemessen“ zu berücksichtigen seien. Was das in der Praxis bedeuten wird, kann man sich unschwer vorstellen, zumal CDU/CSU-Abgeordnete bei den Beratungen im Innenausschuß und im Bundestag immer wieder betont haben, daß Frauen nicht deshalb bevorzugt behandelt werden dürfen, nur weil sie Frauen seien.

Außerdem haben die Verfasser der „Richtlinie“ noch ein Zusätzliches getan, um „voreilige“ Einstellungen und Beförderungen von Frauen zu verhindern. Es reichte ihnen nämlich nicht zu schreiben, daß Frauen „Angemessen“ zu berücksichtigen“ seien, nein, sie sind „unter Beachtung des Leistungsprinzips“ bzw. „unter Beachtung des Leistungsprinzips und unter Berücksichtigung der für eine Personalführung und -planung geltenden Grundsätze“ „angemessen zu berücksichtigen“. Was das bedeutet, ist klar: Frauen sollen nicht nur nicht bevorzugt eingestellt werden, nein, bei der Einstellung und Beförderung von Frauen soll sich jeder Personalchef dreimal überlegen, ob sich dies auch mit der „Beachtung des Leistungsprinzips“ (was ja ganz offensichtlich etwas anderes und mehr sein soll als die einfache Qualifikation) vereinbaren läßt.

Auf die anderen Punkte der „Richtlinie“ soll hier aus Platzgründen nicht mehr eingegangen werden. Lediglich zum Punkt Berichtspflicht sei noch etwas gesagt. SPD und Grüne hatten nämlich eine Berichtspflicht der Regierung über die Umsetzung der „Richtlinien“ gegenüber dem Bundestag gefordert. Die Regierung lehnte das ab. Begründung: das sei aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich! Und deshalb wird der Bundesinnenminister also auch in Zukunft, wie schon in den letzten 35 Jahren, alle drei Jahre dem Innenausschuß des Bundestages berichten. Die Herren dort werden es wahrscheinlich auch besser zu würdigen wissen als die weibliche Öffentlichkeit draußen im Lande, wenn auch 1989 die „Entwicklungen der letzten Jahre noch nicht zu restlos überzeugenden Ergebnissen geführt haben.“ (Waffenschmidt)

Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung

1. Stellenausschreibungen

Freie Stellen dürfen weder öffentlich noch innerhalb der Behörde nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden, soweit nicht sachliche Gründe dieses gebieten. Stellenausschreibungen sollen so formuliert werden, daß sich auch Frauen zu einer Bewerbung aufgefordert fühlen; dies gilt insbesondere für Bereiche, in denen sie gegenwärtig gering vertreten sind.

2. Einstellungen

Bei der Besetzung von Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen sind Frauen unter Beachtung des Leistungsprinzips (Eignung, Befähigung und fachliche Leistung) angemessen zu berücksichtigen. Auf die Erhöhung des Anteils von Frauen ist dabei in Bereichen, in denen sie gering vertreten sind, hinzuwirken. Der gleiche Grundsatz gilt auch für den Ausbildungsbereich.

Es sollen in geeigneter Weise Bewerberstatistiken geführt werden, aus denen hervorgeht, wie hoch der Anteil von Frauen an den Bewerbern und den Neueingestellten ist.

3. Beförderungen, Übertragungen höherwerteter Dienstposten

Bei Übertragungen höherwerteter Dienstposten und Arbeitsplätze sind Frauen unter Beachtung des Leistungsprinzips und unter Berücksichtigung der für eine Personalführung und -planung im übrigen geltenden Grundsätze angemessen zu berücksichtigen.

4. Fortbildung

4.1 Frauen sind bei der Auswahl der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen in gleicher Weise zu berücksichtigen wie Männer.

4.2 Bei Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Personalverwaltungen soll nach Möglichkeit auf die Gleichberechtigungsbewusstseinsproblematik eingegangen und auf die besondere Verantwortung dieses Personenkreises hingewiesen werden.

4.3 Es sollen nach Möglichkeit auch Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden, die räumlich und zeitlich so gestaltet sind, daß auch Beschäftigten mit Familienpflichten und Teilzeitbeschäftigten die Teilnahme möglich ist.

5. Teilzeitbeschäftigung

Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen ist bei entsprechender Nachfrage und unter Berücksichtigung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu erweitern.

6. Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit

6.1 Bediensteten, die zur Betreuung von Kindern oder Angehörigen beurlaubt sind, soll die Verbindung zum Beruf und die Wiederaufnahme der beruflichen Tätigkeit erleichtert werden. Nach Beendigung der Beurlaubung sollen sie auf die Möglichkeit einer Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen hingewiesen werden.

6.2 Längerfristig beurlaubten Bediensteten soll — soweit der Sinn und Zweck der Beurlaubung nicht gefährdet wird — die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen ermöglicht werden; sie sind über das Fortbildungsangebot zu informieren. Bezüge oder Arbeitsentgelt werden den beurlaubten Bediensteten aus Anlaß der Teilnahme nicht gewährt.

6.3 In geeigneten Fällen können längerfristig beurlaubte Bedienstete im gegenseitigen Einvernehmen zur Urlaubs- oder Krankheitsvertretung herangezogen werden, soweit der Sinn und Zweck der Beurlaubung nicht gefährdet wird.

7. Berichte

Dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages soll alle drei Jahre über die Situation der Frauen in der Bundesverwaltung berichtet werden.

Bundesministerium des Innern

Ausbildung von Mädchen im gewerblich-technischen Bereich Neueinstellungen zur Ausbildung

I Deutsche Bundespost

Jahr	insgesamt	davon Frauen	Prozent
1980	4481	219	4,9%
1981	4466	219	4,9%
1982	4565	300	6,6%
1983	5277	369	7,0%

1984 wurden bei der Deutschen Bundespost insgesamt 12343 Menschen im gewerblich-technischen Bereich ausgebildet. Davon waren 792 (6,4 %) Frauen.

II Deutsche Bundesbahn

Jahr	insgesamt	davon Frauen	Prozent
1970	2560	0	
1971	wurden erstmals 8 weibl. Bauzeichnerinnen eingestellt (0,3%)		
1983	3588	121	3,4%

Polizei, Herrin des Strafverfahrens?

10. Strafverteidigertag

Der diesjährige Strafverteidigertag stand unter dem Motto „Die Polizei — Herrin des Strafverfahrens?“. Aus dem Programm der drei Tage von Ende April haben wir einen Artikel zum gesamten Verlauf und den Bericht über die Arbeit einer der sechs durchgeführten AGs ausgewählt. Die Teilnehmer faßten außerdem Resolutionen zur „Celler Bombe“ und den sogenannten Sicherheitsgesetzen ab und erhielten außerdem ein Schreiben der französischen Advokatenvereinigung.

von KLAUS DILLMANN

Brisanz erfuhr die Themenstellung — „Die Polizei — Herrin des Strafverfahrens?“ durch zwei Umstände: erstens durch die teilweise bereits verabschiedeten, teilweise noch zur Verabschiedung anstehenden Bonner Staatssicherheitsgesetze, mit deren Hilfe der Polizei erheblich gesteigerte Machtbefugnisse eingeräumt werden und eine unter der Hand vielfach längst existierende enge informationelle Verflechtung zwischen Polizei und Geheimdiensten legalisiert werden soll. Zweitens durch das Bekanntwerden der Tatsache, daß der 1978 verübte Bombenanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Celle nicht etwa das Werk von Anhängern der Roten Armee Fraktion oder der Be-

wegung 2. Juni war, sondern vielmehr das Produkt eines Zusammenwirkens zwischen den „Helden der Nation“ aus der GSG 9 und dem niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz mit dem Ziel, in eben die Reihen der oben genannten Feinde dieser Flick-Republik einen Agent provocateur einzuschleusen.

Über 400 Strafverteidiger aus der gesamten BRD und aus Westberlin sowie Mitglieder von Polizeikontroll-Initiativen waren erschienen, um in sechs Arbeitsgruppen zu verschiedenen Einzelthemen zu diskutieren.

In einer Auftaktveranstaltung vor allen Teilnehmern im Bremer Rathausaal (brechend voll) saßen auf dem Podium der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. S. Cobler, Ver-

fasser u. a. des Buches „Die Gefahr geht von den Menschen aus“, worin er mit einer entsprechenden Polizei-ideologie abrechnet, und der baden-württembergische Landespolizeidirektor Dr. A. Stümper aus Stuttgart, einer der „Väter“ der neuen Staatssicherheitsgesetze und energischer Verfechter derselben.

Cobler stellte fest, daß die Polizei von einem Exekutivorgan sich zunehmend zu einem politischen Entscheidungsträger entwickelt habe. Die Staatssicherheitsgesetze begünstigten diese Entwicklung durch Legalisierung a. der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung im Sinne des ehemaligen BKA-Chefs Horst Herold, b. der verdeckten Fahndung und Ermittlung, c. der systematischen Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten (im ZAG).

Während selbst die Nazis, auf die die Einfügung des § 81b der Strafprozeßordnung (erkenntnisdienliche Behandlung durch Lichtbild und Fingerabdrücke) zurückgeht, diese ausdrücklich auf Beschuldigte beschränkt wissen wollen, kann nach dem Schleppnetzparagrafen 163d StPO jeder Unbescholtene, der mit-erfaßt wird, so behandelt werden. Die „Sicherheitsgesetze“ heben im Interesse einer möglichst umfassenden Datenspeicherung bei der Polizei den Statusunterschied zwischen einem bloß Verdächtigen und einem Angeklagten auf. Hier tobt sich eine Verallgemeinerung des Verdachts auf alle Staatsbürger aus, getreu der Polizeiideologie, daß die Gefahr von den Menschen überhaupt ausgehe und daher grundsätzlich alle Menschen als mögliche Straftäter anzusehen sind.

Stümper malte ein schwarzes Bild

der Entwicklung der Kriminalität: Von der in den 136 an INTERPOL angeschlossenen Staaten relevanten Kriminalität (er nannte zuvörderst Rauschgiftbandenwesen) werden rund 80 Prozent in Europa be-gangen, davon allein 30 Prozent in der BRD. Er könne für Ermittlungsverfahren den für den Strafprozeß geltenden Grundsatz „in dubio pro reo“ („Im Zweifelsfalle für den Angeklagten“) nicht gelten lassen, da es ja darum gehe, aus einer Vielzahl Verdächtiger die Schuldigen herauszufinden. Während eine liberale Kriminalpolitik den Bürger möglichst wenig behellige und damit den nicht so cleveren Bürger dem raffinierteren auslie-fere, trete eine soziale Kriminalpolitik mit ihrer generell höheren Belastung des Bürgers zugunsten des letzteren ein. Wenn man der Polizei immer vorwerfe, daß sie die Kleinen fange, die Großen aber laufen lasse, so liege das nicht zuletzt daran, daß man ihr zu wenig Macht in die Hand gebe, um auch der Großen habhaft zu werden. Es sei Panikmache, wenn der Vorwurf einer Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten erhoben werde. Der Verfassungsschutz sei nach wie vor organisatorisch von der Polizei getrennt und habe keinerlei Exekutivgewalt; lediglich seine Erkenntnisse würden auch der Polizei dienstbar gemacht. Die KPS-Richtlinien (Richtlinien zur Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen), Vorläufer für das ZAG (Gesetz zur Zusammenarbeit von Geheimdiensten, Polizei usw.) seien z. B. in Baden-Württemberg mit dem Datenschutzbeauftragten abgestimmt worden. Das MAD-Gesetz regle endlich die bisher ungeregelten Bereiche der ZMZ (zivile und militärische Zu-

sammenarbeit). Der § 163 d ziehe lediglich die Konsequenz aus der Aufgabenzuweisung, die die Polizei nach der bisherigen Rechtsprechung habe, indem sie ihr die erforderliche Ermächtigungsgrundlage dazu gebe.

Dem dienten auch der computerlesbare Personalausweis und der eingeführte Paßzwang beim Grenzübertritt. Schließlich müsse für die Sicherheit des Bürgers gesorgt werden, die z. B. durch das Einschleusen ganzer Kinderbanden, die auf Taschendiebstahl gedrillt worden seien, bedroht werde. Die Herren Juristen, die hier lachten, befänden sich in der Etappe, die Polizei dagegen stehe an der Front der Verbrechensbekämpfung und habe daher ein Interesse daran, hier bereits im Vorfeld vorbeugend tätig zu werden, um nicht hinterher zum Schaden des Bürgers das Nachsehen zu haben. Auf den Einwand hin, daß die Großen doch gerade nicht durch die neuen Gesetzesgrundlagen erfaßt würden, sondern vielfältige Möglichkeiten hätten, sich dem zu entziehen, und daß z. B. die Sumpfbüden des Zusammenspiels von Politikern, Baulöwen, Zuhältern usw. in Berlin oder der Bonner Bestechungsskandal auch ohne derartige Datensammlungen lange vor dem Zeitpunkt, zu dem sie zum Skandal geworden sind, hinlänglich sichtbar waren, ohne daß die Polizei hier eingegriffen hätte, erwiderte Stümper ungerührt: das sei nicht die Aufgabe der Polizei, sondern der Politik. Mit der Datensammlung solle natürlich die Masse der potentiellen Straftäter (also die „kleinen“) erfaßt werden. Man darf gespannt sein, ob demnächst auf seine Anregung hin auch computerlesbare Ausweise für Kinder eingeführt werden.

„Realisierung des gesellschaftlich produzierten Feindbildes“

von GERD, Dortmund

Der Zulauf zu dieser Arbeitsgruppe war so groß, daß die Veranstalter spontan einen größeren Raum beschaffen mußten. Offensichtlich trafen Thema dieser Arbeitsgruppe und auch die Referenten den eigentlichen Kern des Tagungsthemas: Die neue Dimension der Polizei-strategie gegen politische Bewegungen, verbunden mit der Umwälzung der Polizeitaktik und eines Funktionswandels der politischen Justiz.

Es wurde herausgestellt, daß die Entwicklung der Polizeistrategie gegen politische Bewegungen sich auf einen Allparteienkonsens (CDU/FDP/SPD) stützen kann, wobei weitgehend auch noch eine Abstimmung im internationalen Maßstab stattfindet. Seit Ende der 60er Jahre sind die Bemühungen in allen westlichen Staaten verstärkt worden, die „Sicherheitslage“ neu zu erfassen und daraus neue, polizeilich gesteuerte strategische Konsequenzen abzuleiten. Stichworte für diese nicht abgeschlossene Entwicklung: „Verpolizeilichung“ des gesellschaftlichen Lebens und „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“. Im außenpolitischen Maßstab wurde der Ansatz hierfür gesehen in den erfolgreichen Kämpfen der Befreiungsbewegungen, die trotz ihrer militärischen Unterlegenheit den früheren Kolonialmächten politische Niederlagen zufügten (insbesondere im Vietnam-Krieg). Im innenpolitischen Rahmen knüpfen die permanent ausgebauten Maßnahmen zur „Inneren Sicherheit“ nicht etwa an die Terrorismushysterie der 70er Jahre an. Vielmehr stammen die ersten Entwürfe zum Umbau des staatlichen Gewaltapparates bereits aus

Zeiten der späten 60er Jahre, als von „Terrorismus“ noch keine Rede war. Es waren die Zeiten der Krise, der Unruhen und des Umbruchs, aus der sich erste Anfang der 70er Jahre der „Terrorismus“ entwickelte, der dann allerdings um so griffiger als Begründung für die einschlägigen Maßnahmen zur „Verteidigung der inneren Sicherheit“ herhalten mußte. Mehr und mehr beklagen gerade Polizeistrategen den „Verfall hergebrachter Werte“ und die damit verbundene wachsende Konfliktbereitschaft in großen Teilen der Bevölkerung. Die heutige Polizeistrategie wurde daher in dieser Arbeitsgruppe im Kern als „das umfassend präventive (vorbeugende) Vorgehen gegen die als durchaus real gesehene Existenzgefahr für die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ umschrieben.

Das taktische Instrumentarium hierzu:

- Weitgehende Datenerfassung politisch potentiell gefährdeter Personen, unter Umständen im direkten Verbund mit den Nachrichtendiensten, die über NATOsysteme wiederum die Verbindung zum Ausland herstellen können.
- Die Anwendung geheimdienstlicher Mittel durch die Polizei selbst (Wanzen, versteckte Kameras, Einsatz von Agents Provocateurs“ und „verdeckte Ermittler“)
- Einsatz von Mitteln aus dem erprobten Arsenal der psychologischen Kriegsführung
- Die Bereitstellung von Spezialeinheiten der Polizei (GSG 9, Sonderseinsatzkommandos)
- Konkrete Übungen von Einsätzen in Notstandssituationen.

In dem Zusammenhang verändert sich die Funktion des politischen Strafprozesses. Allzu-

sehr hat die politische Strafjustiz in den letzten Jahren den Anschein einer unabhängigen staatlichen Instanz gegenüber der linken politischen Opposition eingebüßt. Gerade bei der Konfrontation mit größeren Menschenmassen hat sich der Justizapparat als zu schwerfällig und propagandistisch wenig wirksam erwiesen. Der enormen Ausdehnung des Polizeiapparates gegen politische Bewegungen entspricht daher keineswegs eine entsprechende Ausdehnung des politischen Justizapparates. Vielmehr liegt die Tendenz in einer gegenteiligen Entwicklung: Die „klassische justizförmige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll zunehmend durch polizeiliche „Erledigung“ ersetzt werden. Hierbei liegt das besondere Interesse darin, polizeiliches Eingreifen so wenig wie möglich einer späteren gerichtlichen Kontrolle zu unterziehen. Beispiele hierfür:

- Überfallartiges Auseinandertreiben von Demonstrationen durch Polizeieinheiten ohne Festnahme und Ermittlungsverfahren
- Die Methode von Massenverhaftungen mit der Begründung „eines vorbeugenden Polizeigewahrsams“ bis zu 48 Stunden ohne richterliche Kontrolle und Ermittlungsverfahren
- Propagandistische und psychologische Einwirkung auf Demonstrationsgruppen.

Im Zusammenhang hiermit steht die Erweiterung des strafrechtlichen Instrumentariums, die „polizeibträgliche Verhalten“ zum Gegenstand von Strafbestimmungen oder Strafverschärfungen macht (so der jüngst geänderte § 125 über Landfriedensbruch, der sogar eine besondere Form der Strafbarkeit von einer polizeilichen Er-

messensentscheidung abhängig macht, nämlich dem Gebot, sich aus einer Demonstrationsgruppe zu entfernen).

Die formal noch unabhängige Justiz wird mehr und mehr in ein polizeiliches Konzept eingeordnet, um letztlich nur noch als nachpolizeiliches Vollzugsorgan zu fungieren. Exemplarisch ist dies schon bisher sichtbar geworden an der Ausuferung des Gewaltbegriffes im politischen Strafrecht. Mehr und mehr wurde der Inhalt der gebräuchlichen Polizeidienstverordnung auch zum Gegenstand richterlicher Urteilsfindung, wonach Gewalt dann angenommen wurde, wenn z. B. bei Demonstrationen die Abwicklung öffentlicher Geschehensabläufe behindert wurde.

Konsequenterweise wurden die Strafverteidiger aufgefordert, gegenüber einer derartig gesteuerten polizeilichen Vorgehen eine differenzierte Verteidigungstaktik zu entwickeln, die insbesondere das polizeiliche Vorgehen gerade auch im Vorfeld politischer Strafverfahren einbezieht.

Entlarvend die Darstellung eines Referenten zum polizeilichen Kampfbegriff der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“. Dieses Stichwort wurde bereits von den Nazijuristen in die Debatte über neue Polizeistrategien geworfen. Die Folge: polizeiliche Vorbeugehaft und der Einführung der erkenntnisdienlichen Behandlung. Entlarvend zunächst, daß diesem Begriff die Vorstellung des „Kampfs“ zugrundeliegt, für polizeiliches Einschreiten nach offiziellem Sprachgebrauch bisher nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit. Ohne Scham wurde dieser Begriff aus der Zeit der Nazidiktatur

bereits im Jahre 1951 übernommen im Entwurf des BKA-Gesetzes. Schließlich wurde er im Jahr 1976 aufgenommen in den damaligen Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes und lebt bis heute fort. Anschaulich wurde nachgewiesen, daß es sich bei dem erklärten Ziel keineswegs um Maßnahmen der Verbrechensverhinderung handelt. Vielmehr geht es den Polizeistrategen darum, mit Hilfe umfassender Vollmachten und möglichst unbegrenzter Ermittlungsmethoden Spuren und Informationen zu beschaffen, um nach einem strafrechtlich bedeutsamen Ereignis die wirklichen oder auch nur vermeintlichen Täter besser der Justiz präsentieren zu können. Denn schon bisher sind kaum Beispiele bekanntgeworden, wonach die Polizei oder in in Amtshilfe tätige Institutionen bei rechtzeitigen Erkenntnissen den Täter an der Durchführung einer geplanten Straftat gehindert hätten. Vielmehr sind zahlreiche Gegenbeispiele bekannt, wonach staatliche Organe oder „V-Leute“ eher die Durchführung solcher Straftaten gefördert haben. Bei den Mitteln im Rahmen der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ handelt es sich daher in Wahrheit um verkappte strafprozessuale Maßnahmen neuen Typs, die nahtlos die Überführung eines von der Polizei Verdächtigten sicherstellen sollen. Entscheidend hierbei ist, daß die Umstände, die der vorherigen Informationsbeschaffung dienten, in einem späteren Strafprozeß kaum aufgeklärt werden können, besonders dann nicht, wenn dadurch das Ziel der Polizei, die eigenen Ermittlungen durch eine Verurteilung rechtfertigen zu lassen, in Frage gestellt werden könnte.

**„Ein Tag wie jeder andere:
Du gehst zum Briefkasten und findest Post vom Sozialamt. Sie teilen dir mit, daß du als Sozialhilfeempfänger verpflichtet bist, deine Arbeitskraft für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die Stadt „bietet“ dir jetzt eine Stelle beim Garten- und Friedhofsamt an. Dein Lohn: 2,— DM pro Stunde — eine sogenannte „Mehraufwandsentschädigung“ für erhöhten Nahrungsbedarf“! Innerhalb von drei Tagen sollst du dich beim Sachbearbeiter melden! Versäumst du die Frist oder weigerst dich, diese Arbeit zu machen, drohen sie dir mit einer Kürzung der Sozialhilfe um 20 Prozent oder sogar einer vollständigen Kürzung. Du denkst: Scheiße! Was tun?“**
Dieser Text stammt aus einem Flugblatt der Initiative „Weg mit der Zwangsarbeit“ in Witten. Der RM sprach mit Mitgliedern der Initiative über ihre Arbeit und ihre Ziele.

Seit wann gibt es eure Initiative, was ist ihr Ziel?

Die Initiative ist im Mai '85 von Sozialhilfeempfängern gegründet worden. Anlaß war, daß Leute von uns in steigendem Maße von Zwangsarbeit betroffen waren. Unsere unmittelbaren Ziele sind die Abschaffung von Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger/innen und der Versuch, gemeinsamen Widerstand an Stelle vereinzelter Aufgehrens zu organisieren; uns ist klar, es gibt keine Möglichkeit, individuell dem Kapitalismus zu entziehen.

Im Grunde geht es uns aber um den Kampf gegen alle Formen von Zwangsarbeit; egal, ob es sich da um Sozialhilfeempfänger/innen, ABM-Stellen, Knäste, Behindertenwerkstätten oder was auch immer handelt. Anders ausgedrückt: Es geht um den Kampf gegen den Arbeitszwang in allen Formen. Dazu zählen wir auch, daß jeder in dieser Gesellschaft gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen: in der Fabrik, beim Sklavenhändler, im Büro — egal wo.

Was waren eure ersten Aktivitäten, und wie wurde darauf reagiert?

Unsere ersten Aktivitäten begannen damit, daß im letzten Jahr einige von uns, die vom Sozialamt zum Arbeiten gezwungen wurden, an den verschiedensten Einsatzorten arbeiteten. Zuerst haben wir versucht, unsere Arbeitssituation und die unserer Kollegen und Kolleginnen besser einzuschätzen. Also, wieviel werden zum Arbeiten ge-

zwungen, wo sind die verschiedenen Einsatzorte, wie ist überhaupt die Bereitschaft, diese Arbeit hinzunehmen? So haben wir im Laufe des letzten Jahres Kontakte zu vielen gewonnen, es wurde deutlich, daß die meisten, wenn überhaupt, dann mit großer Wut im Bauch ihre Arbeit durchzogen, die individuelle Verweigerung dieser Arbeit z.B. durch Krankheit oder auch durch offene Verweigerung war außerordentlich hoch.

Unsere ersten öffentlichen Aktivitäten bestanden dann ab November '85 im Verteilen von Flugblättern auf dem Sozialamt. Wir wollten die übliche „Winterpause“ bei der Durchführung von Zwangsarbeit für eine ausführliche Öffentlichkeits- und Informationsarbeit nutzen. Dabei haben wir uns zunächst auf die unmittelbar Betroffenen, die Sozialhilfeempfängerinnen, konzentriert, mit dem Ziel, aus der bisher verbreiteten individuellen Verweigerungspraxis gemeinsam Widerstand gegen die Arbeit entwickeln zu können.

Die Reaktionen umfaßten Verbote, unsere Plakate und Flugblätter im Rathaus zu verteilen bzw. aufzuhängen; den Versuch, uns unseren Treffpunkt im Wittener Arbeitslosenzentrum zu nehmen; Diffamierungen und Lügen über

Sozialhilfeempfänger/innen in der Lokalpresse bis hin zu einem Bulleneinsatz am Sozialamt, bei dem zwei Leute von uns verhaftet wurden.

Zuletzt war die Stimmung am Sozialamt beim Flugblattverteilen so aggressiv, daß sich die Sozialarbeiter nicht mehr wie sonst auf den Flur trauten und einer, der — wahrscheinlich mit Blick auf eine Beförderung — rauskam und ein Plakat von uns abreißen wollte, mußte hinterher wochenlang wegen einer Herzattacke krankfeiern. Sie haben dann versucht, mit Androhung von Repressionen und Schikanen am Sozialamt uns weiter unter Druck zu setzen.

Was denkt ihr, ist der Hintergrund für solche Reaktionen?

Also, es ist doch klar, daß sie keine Unruhe auf ihren Ämtern gebrauchen können; sie wollen nicht, daß die täglichen Schweinereien, besonders am Sozialamt, nach außen kommen.

Und die Wut, mit der sie konfrontiert sind, nimmt ja nicht nur am Sozialamt zu, viele von den ABMlern, mit denen wir auch zusammen in die Grünanlagen verfrachtet werden, begreifen doch auch, wie sie mit diesen ABM-Stellen verarscht werden, hier halten sie

Sozialdezernent möchte mit Märchen von der „Zwangsarbeit“ aufräumen

Sozialhilfeempfänger können mit GzA Berufstätige übertreffen

(al) „Den Begriff „Zwangsarbeit“ höre ich nicht gern, weil er schlichtweg falsch ist.“ Mit einem Vorurteil aufräumen möchte Sozialdezernent Dr. Hans Meier.

Oft genug höre er diesen Begriff „Zwangsarbeit“ im Zusammenhang mit der „Gemeinnützigen zusätzlichen Arbeit“ (GzA), die das Sozialamt Sozialhilfeempfängern anträgt. Da die Betroffenen für einen Stundenlohn von zwei Mark arbeiten, werde der Stadt unterstellt, daß sie die Sozial-

hilfeempfänger ausbeute. „Doch wenn man einmal das Nettoeinkommen eines Berufstätigen mit dem Geld vergleicht, das ein Sozialhilfeempfänger erhält, der diese GzA leistet, kann man sehen, daß der Sozialhilfeempfänger sogar über dem Nettoeinkommen des Berufstätigen liegt“, sagt Dr. Hans Meier.

Als Beispiel könne man den Fall eines Arbeitnehmers anführen, dessen Nettoeinkommen, wenn er verheiratet, Vater von drei Kindern ist und der

Steuerklasse III/3 angehört, 1694,74 Mark ohne Kindergeld betragt.

Wäre dieser Mann nun Sozialhilfeempfänger und würde die gemeinnützige und zusätzliche Arbeit für zwei Mark in der Stunde leisten, so bekäme er dafür unter dem Strich abzüglich Kindergeld 2519 Mark, also rund 800 Mark mehr als der Berufstätige. „Da frage ich mich doch wirklich, wie man dann noch von Zwangsarbeit und Ausbeutung sprechen kann“, so der Sozialdezernent.

Aus der Lokalpresse: Dummdreister Versuch des Sozialdezernenten mit gefälschten Zahlen die Sozialhilfeempfänger als Gutverdienende darzustellen. (WAZ, 21.2.1986)



die Leute doch nur dadurch ruhig, daß sie ihnen vorgaukeln, sie würden hinterher übernommen und eine Ausweitung der Auseinandersetzungen können die Herrschenden schon gar nicht gebrauchen.

Eure Aktionen, eure Öffentlichkeitsarbeit haben die Problematik der Zwangsarbeit in Witten zu einem Thema gemacht. Jetzt hat auch der DGB eine Podiumsdiskussion dazu durchgeführt. Könnt ihr kurz darüber berichten?

Zunächst wurden kurze Stellungnahmen von den Parteivertretern auf dem Podium abgegeben. Kurz: der Vertreter der SPD-Mehrheitsfraktion war schon immer gegen die Zwangsarbeit, der Vertreter der GRÜNEN hatte gleich einen Antrag gegen die Zwangsarbeit für die nächste Ratssitzung in der Tasche, und der von der CDU meinte, wir sitzen alle im selben Boot und jeder müßte sein Schärfelein zu Lösung der Krise beitragen.

Von der Vertreterin des DGB wurde im Anschluß mit aller Deutlichkeit gefordert, daß die Zwangsarbeit ohne Wenn und Aber und unmittelbar abgeschafft wer-

des DGB sah sich der Vertreter der SPD nach über eine Stunde so weit in die Enge getrieben, daß er zusagte, auf der nächsten Ratssitzung, zu dem die GRÜNEN ihren Antrag vorlegen wollten, er diesem zustimmen werde. Gleichzeitig wies er aber andeutungsweise auf Modelle zur Aufhebung der Zwangsarbeit aus anderen Städten (Dortmund, Köln) hin, die, wenn man sie genauer betrachtet, nichts weiter als eine geschicktere Form der jetzt existierenden Praxis von Zwangsarbeit darstellen, also von wirklichen Abschaffung kann dann nicht die Rede sein.

Wie wird es weitergehen? Welche Pläne habt ihr? Wie und mit wem wollt ihr noch mehr Druck machen, damit die Zwangsarbeit abgeschafft wird?

Unmittelbar werden wir jetzt versuchen, mit allen Betroffenen zu klären, ob wir stark genug sind, in der jetzigen Situation durch kollektive Verweigerung der Zwangsarbeit unseren Kampf fortzusetzen. Wir haben bereits einige Aktionen geplant, die durch ihren Überraschungseffekt besonders wirksam sind, über die wir deshalb auch noch nicht sprechen können.

Klar ist, daß wir hierzu die Leute aus den Betrieben, die auf der DGB-Veranstaltung ihre Solidarität klar zum Ausdruck gebracht haben, ansprechen und mit ihnen versuchen wollen, auch eine gemeinsame Praxis zu entwickeln.

Langfristig — wir gehen davon aus, daß die Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger/innen in Witten bald nicht mehr durchzusetzen ist — werden wir unseren Kampf auch auf die Arbeitsbereiche ausdehnen, die längst das Leben vieler von uns bestimmen: Die Sozialhilfe



den muß. Bekräftigt wurde dies durch Stellungnahmen von Arbeitern und Arbeiterinnen aus verschiedenen Wittener Betrieben und Mitgliedern unserer Initiative.

Für den Herrn der SPD, der sich ja am Anfang mit seinen großen Worten sehr weit vorgewagt hatte, wurde es dann eher peinlich, wie er mit allerlei Klimmzügen versuchte darzustellen, daß er zwar dagegen sei, aber es ja schließlich rechtens sei, bla, bla, bla...

Durch das entschiedene Auftreten, insbesondere der Vertreterin

reicht längst nicht mehr zum Leben aus, viele sind gezwungen, über illegale Verleihfirmen dazuzuverdienen, manche kommen über Sklavenhändler befristet als Billig-Arbeitskräfte in die Fabriken. Hier werden wir aufbauend auf unseren Erfahrungen den Kampf fortsetzen.

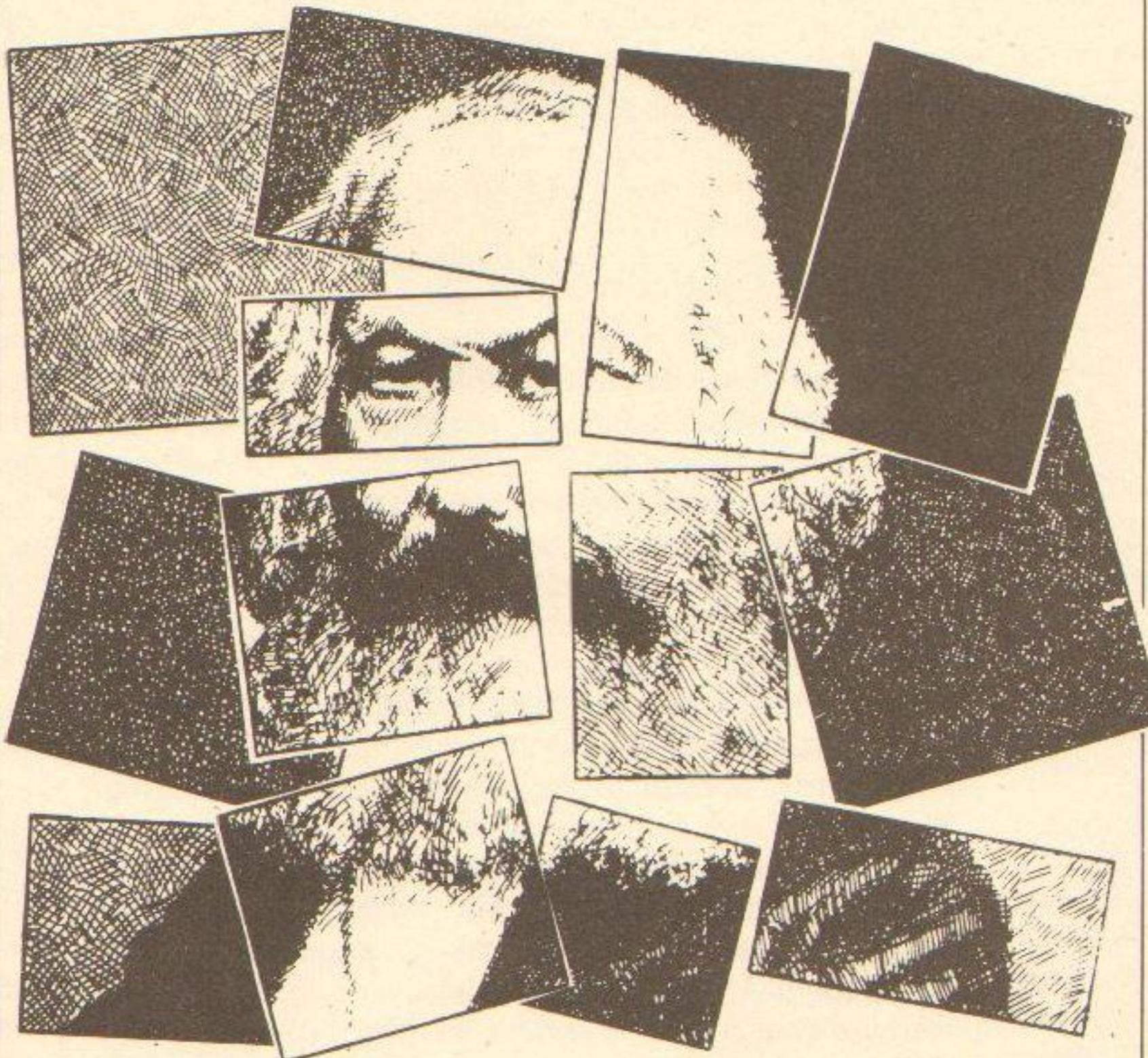
Wir treffen uns jeden 1. Montag im Monat um 19 Uhr im Arbeitslosenzentrum Witten, Johannisstr. 48. Wenn ihr uns anrufen wollt geht auch: (02302) 23140 von 10 - 13 und 15 - 18 Uhr.

Tagesordnung des Sonderparteitages

Das Zentralkomitee schlägt dem Sonderparteitag folgende Tagesordnung vor:

1. Wahl des Präsidiums
2. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission und Bericht der Mandatsprüfungskommission
3. Beschlußfassung über eine Geschäftsordnung für den Parteitag
4. Vereinigung mit der GIM
 - a. Debatte über Programmentwurf der ZKs von GIM und KPD
 - b. Debatte über den Statutentwurf der ZKs von GIM und KPD
 - c. Debatte über den Entwurf der ZKs von GIM und KPD über eine Resolution über Rolle und Selbstverständnis der vereinigten Partei
 - d. Debatte über den Vorschlag der ZKs von GIM und KPD für eine Vereinbarung über die Haltung der vereinigten Partei zur IV. Internationale
 - e. Beschlußfassung über die Vereinigung von GIM und KPD auf der Grundlage der unter a. bis d. genannten Materialien.
5. Beschlußfassung über die Durchführung einer Urabstimmung in der Partei über die Frage der Vereinigung von GIM und KPD
6. Beschlußfassung über die Durchführung eines Vereinigungsparteitages
 - a. Termin
 - b. Tagesordnung
 - c. Abstimmungsmodus
 - d. Wahlmodus
7. Debatte über die nächsten Aufgaben der vereinigten Partei
8. Debatte über das Eingreifen in die Bundestagswahlen '87
9. Debatte über den Namen der vereinigten Partei
10. Debatte über das Publikationswesen der vereinigten Partei
11. Verschiedenes

Achtung: Anders als bisher ist der Parteitag öffentlich für die Mitglieder der KPD, das heißt, alle Mitglieder, die das möchten, können an diesem Parteitag teilnehmen. Wir bitten die Landesleitungen darum, über die Zahl der Delegierten hinaus die Anzahl der Gäste aus ihrem Bezirk zu ermitteln und im Zentralen Büro anzumelden, damit für ausreichend Verpflegung, Schlafplätze usw. gesorgt werden kann.



Vereinigung statt Spaltung

Bericht über die gemeinsame Sitzung der ZKs von GIM und KPD

Am 25.5.86 fand in Köln eine zweite gemeinsame Tagung der ZKs von GIM und KPD statt. Die ZKs verabschiedeten — mit drei Gegenstimmen — den Entwurf der Verhandlungskommission für eine Resolution zum Selbstverständnis und der Rolle der vereinigten Organisation von KPD und GIM. (Der Text ist veröffentlicht in: Dokumente zur Vereinigung von GIM und KPD vom April 1986). Diese Resolution ist genauso wie der Programmentwurf, der Statutentwurf und die Vereinbarung über die Haltung zur IV. Internationale, die auf der ersten gemeinsamen Tagung der ZKs von GIM und KPD am 19./20. April verabschiedet wurden, Grundlage für die Vereinigung von GIM und KPD.

Die ZKs diskutierten anschließend über ein Positionspapier zur Bundestagswahl '87. (Text und Beratungsergebnis siehe Seite 1). Das Papier wurde bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit verabschiedet.

Beraten und verabschiedet wurde weiterhin ein Papier, das die nächsten Aufgaben der vereinigten Organisation umreißt. (Text siehe Seite 2). Auch dieses Papier wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.

Beide Papiere, das Positionspapier zur Bundestagswahl und das Aufgabenpapier, sollen auf dem Parteitag der KPD und der Nationalen Konferenz der GIM im Juni beraten und dann dem Vereinigungsparteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Die ZKs diskutierten außerdem über die bisher vorliegenden Namensvorschläge für die künftige vereinigte Partei. Bis zur ZK-Sitzung gab es folgende Vorschläge: Demokratische Kommunisten, Sozialistische Linke, Sozialistische Arbeiterinnen- und Arbeiterpartei, Sozialistische Partei und Sozialistischer Bund, KPD/GIM und Revolutionäre Sozialistische Partei. Für alle Namensvorschläge fanden sich auch Befürworter/innen auf der gemeinsamen ZK-Sitzung. Beschlossen werden muß der Name der vereinigten Partei auf dem Vereinigungsparteitag. Für die Beschlußfindung dort schlagen die beiden ZKs das sogenannte KO-Verfahren vor. Das bedeutet, daß in mehreren Abstimmungsdurchgängen jeweils der Vorschlag, der die wenigsten Stimmen auf sich vereinen kann, ausscheidet, bis schließlich nur noch zwei Vorschläge zur Abstimmung stehen.

Die beiden ZKs beschlossen weiterhin, dem Vereinigungsparteitag eine Beitragsordnung vorzuschlagen, die sich an der geltenden Beitragsordnung der KPD orientiert. Außerdem wurde beschlossen, eine Spendenkampagne in beiden Organisationen durchzuführen, die erstens zur Deckung der durch die Vereinigung anfallenden Kosten (z.B. Umzug) beitragen und zweitens der vereinigten Organisation einen einigermaßen guten finanziellen Start ermöglichen soll. Die Verhandlungskommission von GIM und KPD erhielt den Auftrag, diese Spendenkampagne konkret vorzubereiten.

Aufgabenpapier

der vereinigten Organisation von GIM und KPD

I. Vorbemerkung

Die folgenden Überlegungen können naturgemäß nur einen sehr groben Umriß der unmittelbar praktischen Aufgaben darstellen, die nach der Vereinigung von GIM und KPD für die dann gemeinsame Partei anstehen.

Ein Problem bei diesen Überlegungen ist zweifellos, daß die im Januar 1987 stattfindenden Bundestagswahlen mit ihrem Ausgang die verschiedenen Politikfelder beeinflussen und die Entwicklung der politischen Landschaft insgesamt prägen werden. Es soll aber nicht um Spekulationen über Ergebnisse und daraus sich ergebende Verschiebungen gehen, sondern um die praktisch-politischen Aufgaben, die sich direkt nach der Vereinigung bis ins nächste Jahr hinein stellen.

Es geht damit auch um eine Bestandsaufnahme der praktisch-politischen Bereiche, in denen die bisher getrennt arbeitenden Organisationen tätig waren, die zugleich zeigen wird, daß die vereinigte Partei nicht nur das Fundament einer programmatischen Gemeinsamkeit geschaffen hat, sondern auch sehr schnell zu gemeinsamem politischen Handeln in verschiedenen Politikfeldern kommen kann.

Das bestimmende politische Thema zum Zeitpunkt der Vereinigung von GIM und KPD und direkt danach wird die Bundestagswahl 1987 sein. Die politische Haltung der vereinigten Partei und der Rahmen des praktischen Eingreifens in diese Wahlen werden in einem gesonderten **Papier zu den Bundestagswahlen** behandelt. Es ist klar, daß die dort angestellten Überlegungen den Umfang und die Bedingungen der Arbeit in den einzelnen Politik-

feldern mitprägen werden.

II. Die Vereinigung umsetzen

Die Vereinigung von GIM und KPD stellt für die innerparteiliche Entwicklung erhöhte Anforderungen. Trotz der programmatischen Einheit und der verstärkten praktischen Zusammenarbeit der letzten Monate sollen hier zwei bisher getrennt arbeitende Organisationen zusammenwachsen, die jeweils eigene Erfahrungen und „Traditionen“ mitbringen. Das beginnt bei dem Zusammenlegen der Ortsgruppen, der Schaffung der gemeinsamen Leitungen auf allen Ebenen und geht einfach darum, daß die Mitglieder sich kennenlernen und gemeinsame Formen der politischen Diskussion gefunden werden müssen.

Eine wichtige Voraussetzung ist die umgehende Bildung von Abteilungen in den verschiedenen Politikfeldern und die Einrichtung von Arbeitsgruppen für wichtige politische Fragen. Ein Mittel zur Diskussion und Erarbeitung politischer Positionen wird die Durchführung von Konferenzen (z.B. zur Frauenpolitik und zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen) sein.

Das ZK wird sich bald nach der Vereinigung mit Fragen wie Schulung u.ä. befassen müssen.

Wichtige Fragen, zu denen sich heute schon eine organisierte politische Diskussion als erforderlich erweist, um im politischen Handeln der vereinigten Partei schnell eine positive Entwicklung zu ermöglichen, sind:

- kurzfristig die Haltung zur Forderung nach dem Verbot faschistischer Organisationen zu diskutieren, da die bisherige Haltung der beiden Organisationen so unterschiedlich sind, daß eine gemeinsame Politik in

diesem Bereich schwierig ist,

- neben festzustellenden Gemeinsamkeiten im Bereich der Friedensarbeit und der antiimperialistischen Politik stellt sich hier die Notwendigkeit, umgehend die weitere Perspektive der Arbeit in diesem Bereich zu diskutieren und zu entwickeln,
- im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist die bereits begonnene Diskussion um Formen des Zusammenschlusses und die Einwirkungsmöglichkeit klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik weiterzuführen,
- für einen längeren Zeitraum wird die Diskussion um die Haltung zu den Verhältnissen in den Ländern des Warschauer Vertrags und zur internationalen Rolle der SU organisiert werden müssen,
- Gleiches stellt sich für die Diskussion um die Haltung zur IV. Internationale.

III. Die Politikfelder

1. Die betriebliche und gewerkschaftliche Tätigkeit

Hier stellen sich konkret folgende Aufgaben:

a. 35-Stunden-Woche

Der Fortgang des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird bereits ein Teil der Wahlkampfauseinandersetzung Ende '86 sein müssen (wie es ja auch von Teilen der Gewerkschaftsbewegung in der IG Metall gefordert wird), wenn die Sache erfolgreich weitergeführt werden soll. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist das offensivste Mittel zur Mobilisierung gegen die Massenarbeitslosigkeit.

ACHTUNG: Der Sonderparteitag findet aufgrund der Brokdorf- und Wackersdorf-Demo ein Wochenende später – am 14./15. Juni 1986 – statt!

b. Betriebsratswahlen

Diese stehen im Frühjahr 1987 an. Die vereinigte Organisation wird diese frühzeitig vorbereiten müssen, damit sie entsprechend den unterschiedlichen betrieblichen Bedingungen zur Stärkung der klassenkämpferischen Kräfte in den Betrieben genutzt werden, fortschrittliche ausländische Kolleginnen und Kollegen stärker dort vertreten sind und wir uns offensiv für die Vergrößerung des Anteils von Frauen in den Betriebsräten einsetzen.

Im Bereich der IG Metall fallen außerdem in diesen Zeitraum auch die Organisationswahlen (Vertreterversammlung usw.)

c. Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte

Die politische Herausforderung ist natürlich zum einen weiter der § 116, bzw. die Diskussion um die praktischen Folgen, zum anderen geht es weiter darum, wie der Kampf für das Verbot der Aussperrung intensiviert werden kann. Weitere Fragen werden wohl auch die Änderungsabsichten am Betriebsverfassungsgesetz sein (Sprecher Ausschüsse, Minderheitenschutz), wengleich aus dem Lager der Unternehmer maßgebliche Kräfte diese Änderungen auch nicht wollen. Aber es liegen nach wie vor die Überlegungen aus dem Müller-Gutachten auf dem Tisch, wo es um solche Dinge wie Verbot von Sympathie- und Warnstreiks, Legalisierung der Angriffsaussperrung usw. geht.

d. Arbeitszeitordnung

Die Aufzählung kann nicht den Anspruch der Vollständigkeit erheben. Berücksichtigt man aber, was gerade auch im Rahmen der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und Kampf gegen Arbeitslosigkeit eine erhebliche Rolle spielt: Flexibilisierung, Ausdehnung Schichtarbeit usw., dann wird es vermutlich sinnvoll sein, Aktivitäten zur Änderung der Arbeitszeitordnung zu entfalten. Dabei geht es einmal um die Abwehr der Vorstöße von Unternehmern und aus der CDU/FDP, zum anderen um die Unterstützung fortschrittlicher Bestrebungen der AZO (Einschränkung Überstunden u.ä.)

e. Arbeitsgemeinschaft für

autonome Gewerkschaftspolitik (Arbeitstitel)

Diese Aufgabe stellt sich natürlich nicht unabhängig von den oben genannten Ansatzpunkten des politischen Eingreifens, sondern wird im Gegenteil mit diesen Fragen verknüpft werden müssen. Aber die Probleme bei der Einwirkungsmöglichkeit einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik erfordern die besondere Anstrengung zur Zusammenfassung von aktiven Kolleginnen und Kollegen, die für eine nicht an Sozialpartnerschaft orientierten Gewerkschaftspolitik eintreten.

2. Friedenspolitik

Beide Organisationen haben sich in der Vergangenheit um eine Arbeit im Rahmen des BUF (Bündnis unabhängiger Friedensgruppen) bemüht und dies sollte neben den verschiedenen örtlichen Anstrengungen ein wesentlicher Rahmen der Tätigkeit im nächsten Jahr sein. Zwar ist noch zu wenig klar, wie der Rahmen für die friedenspolitischen Aktivitäten im Verlauf des nächsten Jahres aussehen wird, wir unterstützen aber die Bestrebungen, die sich um eine Belebung der Bewegung für den vollständigen Abzug der Mittelstreckenraketen bemühen, die Herbstaktionen gegen die Stationierung von Cruise Missiles und für eine Großaktion im Januar '87. Dabei treten wir ein für Forderungen nach einseitigen Abrüstungsschritten und für den Austritt der BRD aus der NATO und wollen dies auch in die Wahlausausschüttung hineintragen. Wir unterstützen die Aktivitäten gegen SDI und für die Senkung des Rüstungshaushaltes.

Wir sind gegen Versuche, die Friedensbewegung auf Verhandlungen der Großmächte zu orientieren. Das bedeutet nicht, daß wir nicht positive Vorschläge, die dort gemacht werden (wie etwa bei den Mittelstreckenraketen) in die Offensive für echte Abrüstungsschritte der Bundesregierung mit aufnehmen.

Ein wichtiger Gesichtspunkt unserer Arbeit in der Friedensbewegung ist, daß diese die Fähigkeit entwickelt, gegen konkrete militärische Aggression, wie jüngst gegen Libyen zu mobilisieren und hier massiven Druck gegen die Politik der Bundesregierung zu entfalten.

3. Frauenpolitik

Hier hat es bereits eine Reihe gemeinsamer Diskussionen und Aktivitäten wie z. B. anlässlich 8. März und Muttertagsaktion gegeben. Sicherlich müssen die Perspektiven dieser Arbeit genauer diskutiert werden, wozu eine Konferenz bald nach der Vereinigung dienen soll, aber es zeichnen sich doch folgende Aufgabenstellungen ab:

- die Mobilisierung gegen die konservative Frauenpolitik, die mit Maßnahmen wie z. B. dem „Beschäftigungsförderungsgesetz“ mit massiven Angriffen auf die Rechte der Frauen aufwartet, zugleich versucht mit ihren Anschauungen Einfluß zu gewinnen. Sie präsentiert sich als Politik der „neuen Mütterlichkeit“. Aber auch in den letzten Jahren zunehmend durch flexible Varianten, wie sie von Geißler und Rita Süßmuth repräsentiert werden und die scheinbar Forderungen

aus der Frauenbewegung in ihrer Politik zu berücksichtigen versucht.

- die Diskussion der Möglichkeiten, die sich aus den heute erhobenen Forderungen nach Antidiskriminierungsgesetz, der Quotierung für Frauen im Arbeitsleben, nach Frauenförderplänen und Gleichstellungsstellen für konkrete Schritte für die soziale und politische Gleichstellung der Frauen ergeben
- die weitere Diskussion über das Verhältnis von Marxismus und Feminismus, die zum einen die Beschäftigung mit den theoretischen Auffassungen in der Frauenbewegung und mit der vorhandenen Kritik am Marxismus in diesem Zusammenhang ist
- die Diskussion um die Strukturen der Frauenbewegung und unser Bemühen zur Stärkung der autonomen Frauenbewegung und der Ausdehnung der frauenpolitischen Positionen in der Gewerkschaftsbewegung.

4. Anti-AKW-Politik

Der Reaktorunfall in Tschernobyl/UdSSR hat Millionen Menschen erneut den menschen- und naturverachtenden Charakter der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie vor Augen geführt. Luft, Boden und Wasser in großen Teilen Europas wurden verseucht; Hunderttausende Menschen werden gesundheitliche Schäden davontragen. Dieser Unfall hat auch das enge Bündnis unterstrichen, das die Betreiber der atomaren Anlagen in Ost und West eingegangen sind: hinter dem Schwall von Beschwichtigungen und Desinformationen sollen die neuen Programme mit nochmals höheren Anteilen von Atomstrom, aber auch Projekte wie Urananreicherung, Plutoniumfabrik etc. durchgezogen werden. Dieselbe Reaktion erfolgte nach dem Fast-GAU in Harrisburg; ein ähnlicher schwerer Unfall im Mai 1984 in Frankreich (bei Lyon) wurde der Öffentlichkeit sogar völlig verschwiegen. Atomstrom ist — im Osten und Westen — weder sicher noch notwendig. Er findet allein aus zwei Gründen Anwendung: zum ersten, weil milliardenschwere Interessen der Großkonzerne betroffen sind. Zum anderen, weil ein enger Zusammenhang zwischen der „friedlichen“ und der militärischen Nutzung der Atomenergie besteht, die BRD z. B. mit WAA und dem Schnellen Brüder de facto in den Besitz von Atomwaffen gelangen kann.

Wir arbeiten im Rahmen unserer Kräfte in der Bewegung gegen atomare Anlagen mit. Wir treten für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie — die Abschaltung der AKWs — und einen allmählichen Umstieg von Kraftwerken ein, die mit optimalen Umweltschutzmaßnahmen mit fossilen (endlichen) Brennstoffen betrieben werden, auf solche, deren Grundlage nicht endliche Energieformen sind (Wind-, Sonnen-, Gezeitenenergie, Erdwärme). Wir unterstützen die geplanten Aktionen gegen Atomanlagen, insbesondere solche gegen die WAA in Wackersdorf und den Plutoniumbrüter in Kalkar. Wir unterstützen gewerkschaftliche Initiativen gegen atomare Anlagen (z. B. Arbeitskreis Leben). Wir unterstützen die Forderung nach einem Volksentscheid über die Anwendung atomarer Energie und fordern diejenigen Parteien und Strömungen in Parteien, die für einen Ausstieg aus dieser Atomenergieplädieren, dazu auf, auf allen politischen Ebenen (Kommune, Länder, im Bund) entsprechend initiativ zu werden.

5. Gegen Ausländerfeindlichkeit

Dies hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Feld des Kampfes gegen reaktionäre Bestrebungen entwickelt. Die vereinigten Organisationen haben hier eine Reihe von Erfahrungen und auch gemeinsame Praxis.

Aktuell bleibt der Kampf für das kommunale Wahlrecht, bzw. das Wahlrecht für Ausländer, die Zurückweisung der von Regierungseite immer wiederholte Behauptung, bei der BRD handle es sich nicht um ein Einwanderungsland. Dies sind konkrete Schritte, der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten. Dazu gehört auch unsere Unterstützung eines Niederlassungsrechts für die Immigrantinnen und Immigranten und wir müssen in diesem Zusammenhang in der vereinigten Partei diskutieren, wie weit die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft ein Weg ist, um die Gleichstellung von Immigranten/innen und Deutschen zu verwirklichen.

Wir treten ein für eine Arbeit im Rahmen des Frankfurter Appells als positivem Ansatz im Kampf für die Gleichstellung. Ebenso sehen wir in der Unterstützung der „ran“-Kampagne einen nützlichen Ansatz, für ein politisches Vorankommen in dieser Frage und unterstützen Forderungen, wie sie jüngst auf der IGM-Ausländerkonferenz erhoben wurden, die eine Stärkung der Rechte der ausländischen Kollegen/innen z. B. über Quotierung erreichen wollen.

Darüber hinaus wird der Kampf gegen die Angriffe auf das Asylrecht zu einem immer wichtigeren Thema. Hier sehen die reaktionären Kräfte offensichtlich eine Chance, Stimmung für ihre Angriffe auf ausländische Mitbürger/innen zu machen, ohne mit größerem Widerstand rechnen zu müssen.

6. Kampf dem Neonazismus**Für demokratische Rechte und Freiheiten**

Am aktuellsten ist hier die sich verbreitende Bewegung nach dem Verbot der FAP. Diese wird von der vereinigten Partei unterstützt. Im Kampf gegen die neonazistischen Organisationen setzt die vereinigte Partei sich dafür ein, daß die bestehenden Anti-Nazi-Gesetze, an die sich der bürgerliche Staat nur hält, wenn er dazu gezwungen ist, politisch eingeklagt werden.

In der vereinigten Partei muß über die Unterstützung der FAP-Verbot-Kampagne umgehend die Diskussion geführt werden, welche Bedeutung die Verbotsforderung grundsätzlich hat, da dies von den beiden Organisationen in der Vergangenheit unterschiedlich gesehen und behandelt wurde (also die Frage, ob die vereinigte Partei selber für Verbot faschistischer Organisationen initiativ wird). Dies ist für das praktische Eingreifen in dieser Bewegung sehr wichtig, wobei klar ist, daß die Befürworter solcher Initiativen dies nicht als Appell an den Staat, sondern zur Mobilisierung breiterer Aktivitäten gegen faschistische Bestrebungen verstehen.

Geklärt werden muß auch die Bündnispolitik der vereinigten Partei in diesem Bereich, da dies von den beiden Organisationen in der Vergangenheit unterschiedlich behandelt wurde.

Neben dem Kampf gegen die Neonazis stehen im nächsten Jahr die Auseinandersetzungen um die „Sicherheitsetzungen“ und die Volkszählung an, und es ist durchaus denkbar, daß die Auseinandersetzung um die Volkszählung bereits im Bundestagswahlkampf eine erhebliche Rolle spielen könnte.

7. Internationalismus

Hier geht es vor allem um die praktische internationale Solidarität, die für eine revolutionäre Partei ein wichtiger Teil ihrer Arbeit ist. Konkret wird dies auch weiter gegenüber Nicaragua und gegen alle Angriffe auf die Bestrebungen dort gelten müssen.

Daneben ist Südafrika und die Befreiungsbestrebungen dort ein wichtiger Brennpunkt und zunehmend die Angriffe und die imperialistische Hetze gegen Libyen. Neben einer möglichen Zuspitzung in diesen Ländern ist es möglich, daß andere Brennpunkte entstehen, die uns zu aktiver internationalistischer Solidarität herausfordern.

IV. Zeitung/Publikationen

Die vereinigte Organisation wird eine im 14tägigen Rhythmus erscheinende Zeitung herausgeben. Diese ist das zentrale politische Organ, das gleichermaßen der Vermittlung der politischen Linie, der Unterstützung von Aktionen und der Diskussion innerhalb von Gewerkschaften und linker Bewegung dienen soll. Die Zeitung erscheint unter Kontrolle der Leitungsorgane der vereinigten Organisation unabhängig davon, ob aus Gründen der Arbeitsteilung eine gesonderte Redaktion gebildet wird.

In der KPD wurde in den letzten Monaten eine Diskussion darüber geführt, inwieweit eine andere Form von Zeitung(en) sinnvoll ist — monatliches Magazin plus Massenzeitung —. Diese Diskussion wird in der vereinigten Organisation fortgeführt werden.

Die vereinigte Organisation strebt die Herausgabe aktueller politischer Broschüren zu wichtigen politischen Themenstellungen an.

V. Die Organisation des revolutionären Sozialismus stärken

Die Vereinigung von GIM und KPD ist nach Jahren der Zersetzung und Stagnation vieler revolutionärer Organisationen ein positiver Schritt im Aufbau einer zwar kleinen, aber ernstzunehmenden politischen, sozialistischen Organisation. Dies ist für uns nicht der Endpunkt — sondern ein wichtiger Ausgangspunkt für weitere Bemühungen um die Einheit der revolutionären Sozialisten. Wir werden z. B. die Diskussion umgehend führen, wie der „Beilagenkreis“ von der gemeinsamen Organisation bewertet und die Mitarbeit dort gestaltet wird, um mit den dort teilnehmenden politischen Kräften weiter positiv um die Überwindung der Zersplitterung zu diskutieren. Gleiches gilt auch für Kräfte außerhalb dieses Kreises, wie etwa die Diskussion mit der DS.

Doch wir werden dort wie auch gegenüber sonst fortschrittlichen Kräften für unsere Vereinigung als einem wichtigen Schritt werben, den es sich lohnt, zu unterstützen. Dies sehen wir nicht im Gegensatz zu Diskussionen und Differenzierungen z. B. in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie oder bei den Grünen, wo wir uns nach Kräften bemühen werden, positiv einzugreifen und die Diskussion in Richtung der Stärkung des revolutionären Marxismus zu fördern. Wir sehen aber in der Existenz einer selbständigen Partei des revolutionären Sozialismus und in deren Entfaltung einer konkreten Politik eine wichtige Voraussetzung, damit hier ernsthafte Erfolge erzielt werden.

Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung!

Auf der gemeinsamen Sitzung der Zentralkomitees von GIM und KPD wurde folgendes Positionspapier zu den Bundestagswahlen beschlossen. Beschlossen wurde, daß in dem vorliegenden Text die Frauenfrage ausführlicher behandelt werden soll. Der Punkt 4 des Abschnitts „Unser praktisches Eingreifen“ ist noch nicht Konsens und wird noch einmal neu beraten.

Die praktischen Resultate der Regierungspolitik seit dem Antritt der Koalition aus CDU/CSU/FDP belegen, welchen Interessen die von der amtierenden Bundesregierung ausgerufenen Wende tatsächlich dient und gegen wen sie sich richtet.

Einkommenserhöhungen für 1986 im Volumen der Metallabschlüsse eingerechnet, liegt die Kaufkraft der Löhne und Gehälter 1986 etwa auf dem Stand von 1982, dem Jahr des Regierungswechsels in Bonn, aber 4 Prozent unter dem Niveau von 1980. Die Kaufkraft der Kapitaleinkommen dagegen ist 1986 um 28 Prozent höher als 1982 und liegt um 30 Prozent über dem Niveau von 1980.

Während Nettogewinne und Abschreibungen von 1982 bis 1986 um 35 Prozent gewachsen sind, addiert sich der Sozialabbau, der mit den Sparoperationen 82 und 83 zum erheblichen Teil noch von der sozialliberalen Regierung Schmidt eingeleitet wurde, inzwischen auf weit über 200 Milliarden DM, die den Arbeitslosen, Rentnern, Kranken und Sozialhilfeempfängern genommen wurden.

Mit der zweiten Stufe der Steuerreform, deren erste Stufe bereits die Bezieher hoher Einkommen stark begünstigte und alle Menschen mit niedrigem Einkommen mit lächerlichen Beträgen abspeiste, soll die schamlose Bedienung der Reichen auf Kosten der Armen fortgesetzt werden.

Der von Bundeskanzler Kohl und den Koalitionsparteien propagierte Aufschwung ist eingetreten und — wie nie anders beabsichtigt — ein Aufschwung des Kapitalprofits geblieben. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit liegt trotz Aufschwung bei über 2 Millionen, die Arbeitslosigkeit unter Einschluß der sogenannten stillen Reserve bei 3,5 Millionen. Überproportional steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Überproportional von Erwerbslosigkeit betroffen sind die Frauen.

Die Arbeitslosigkeit wäre noch weit höher, wenn die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer seit 1980 nicht um fast 400 000 zurückgegangen wäre, die Ausländerverdrängungspolitik also insofern einen traurigen Erfolg verbuchen konnte.

Nachdem Kohls Versprechen der letzten Bundestagswahl, der Aufschwung würde Arbeitsplätze schaffen, durch die Wirklichkeit deutlich Lügen gestraft wurde, hat inzwischen der Regierungskurs konsequenter beschäftigungspolitischer Verweigerung jeden Zweifel daran beseitigt, daß es dieser Regierung ernsthaft um den Abbau der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht geht.

Im Gegenteil: Als die IG Metall und die IG Druck & Papier für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit streikten, trat diese Regierung offen als Erfüllungsgehilfe der Unternehmerorganisationen auf den Plan. Inzwischen steht fest: Die eher geringfügige Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die von den Gewerkschaften dennoch erkämpft werden konnte, war immerhin die wirksamste Beschäftigungsinitiative, die während der Amtszeit dieser Regierung verwirklicht wurde — und die Bonner Koalitionsregierung hat bis hin zum offenen Rechtsbruch nichts unversucht gelassen, um selbst diesen kleinen Schritt noch zu verhindern.

Zynisch hat die Regierung die Massenarbeitslosigkeit als Vorwand genutzt, um mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz, individuelle Schutzrechte der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse auszudehnen.

Dem Angriff auf die individuellen Schutzrechte folgte mit der reaktionären Neufassung des § 116 AFG der Angriff auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. Weitere Pläne für gewerkschaftsfeindliche Angriffe — enthalten etwa in dem Müller-Gutachten — liegen in Blüms Schreibtischschublade.

Infolge von Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger auf 2,6 Millionen gestiegen. Über 5 Millionen Menschen leben in der Bundesrepublik an oder unter der Armutsgrenze. Vor den Wahlen verkündet die Regierung jetzt, neue sozialpolitische Sparmaßnahmen seien nicht geplant. Geplant ist, falls es zu einem neuerlichen Wahlsieg der gegenwärtigen Regierungskoalition kommen sollte, weit mehr: der Übergang von einzelnen Sozialbaumaßnahmen zum Frontalangriff auf den sogenannten Sozialstaat. Die sozialen Sicherungssysteme sollen auf Armenkassenniveau gestutzt werden, alles weitere soll dem Prinzip der Subsidiarität und für die, die es sich

leisten können, der sogenannten persönlichen Risikoversorge überlassen bleiben.

Die Mitgliedschaft in der NATO, den engen Schulterschuß mit den USA hat diese Regierung zu einer Frage der Staatsräson erklärt. Die Durchsetzung der Pershing-II-Stationierung gegen den offenkundig gewordenen Willen der Bevölkerung, die Unterstützung von SDI stehen ebenso dafür wie die Unterstützung weiterer Initiativen, die auf die Steigerung des Angriffspotentials der NATO berechnet sind. Mit ihrer Haltung zum US-Angriff auf Libyen, ihrem erklärten Verständnis für den mörderischen amerikanischen Bombenterror, hat die Regierung Kohl die BRD in eine militärpolitische Situation geführt, die die künftige direkte Verwicklung der BRD in einen ähnlichen Krieg wahrscheinlich erscheinen läßt.

Auch nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hält die Unionsregierung im vollen Umfang am Atomprogramm — Einstieg in die Plutoniumwirtschaft mit Kalkar und Wackersdorf inklusive — fest.

Die Verschärfung des Demonstrationsrechts, die Verabschiedung des Gesetzes über den maschinenlesbaren Personalausweis, die im Rahmen der aus wahltaktischen Gründen aufgeschobenen Unsicherheitsgesetze vorgehene Einsatz der Geheimdienste für polizeiliche Aufgaben u. a. sind charakteristisch für eine Politik, die sich darauf vorbereitet, daß wesentliche Interessen der ausschlaggebenden Kapitalkreise gegen massiven gewerkschaftlichen und demokratischen Widerstand durchgesetzt werden müssen, also den nach innen aufgerüsteten Staat benötigt.

Im Zentrum der Politik der konservativ-liberalen Regierung stand und steht der Kampf gegen alles, was dem unternehmerischen Gewinninteresse, dem ökonomischen und politischen Vorherrschaftsstreben des westdeutschen Kapitals entgegensteht.

Die Ausgemachten Gegner dieser Regierung und ihrer Politik zur rigorosen Durchsetzung des Kapitalinteresses sind die Arbeiterklasse, die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten und die Gewerkschaften, die Arbeitslosen und Rentner, die Sozialhilfeempfänger, die Frauen und Ausländer, alle, die für Frieden, Umweltschutz, demokratische Rechte und Freiheiten eintreten.

In der Arbeiterbewegung und in den anderen sozialen Bewegungen ist das Bestreben, diese Regierung zu beseitigen, stark. GIM und KPD bzw. die Vereinigte Organisation unterstützen den Kampf für die Beseitigung dieser Regierung und rufen unmißverständlich gegen die Wahl der Unionsparteien und der FDP auf.

Nach Lage der Dinge besteht realistisch zur derzeitigen Regierung nur die Alternative einer SPD-Alleinregierung oder einer durch Unterstützung der GRÜNEN (Tolerierung oder Koalition) ermöglichten SPD-geführten Regierung. Eine auch denkbare große Koalition wäre überhaupt keine inhaltliche Alternative zur jetzigen Regierung.

Wir verstehen, daß aus diesem Grund viele SPD wählen werden. Aber wir geben zu bedenken, daß die bisherige Opposition der SPD gegen die Wendepolitik kaum Anhaltspunkte dafür geboten hat, daß die SPD an der Regierung einen grundlegenden politischen Kurswechsel herbeiführen wird.

Bestehende Unterschiede — der SPD-Kandidat Rau hat die Rücknahme der gewerkschaftsfeindlichen Änderung des § 116 AFG versprochen — übersehen wir nicht. Aber Rau verspricht den Unternehmern zugleich ungestörte Geschäfte durch sozialfriedliche Eindämmung des Klassenkampfes. Wir aber wollen, daß die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften verstärkt für ihre Interessen kämpfen. Rau tritt dafür ein, am Bündnis mit den USA und der NATO festzuhalten und läßt sich nicht auf die Aufkündigung des sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschlusses festlegen. Wir aber wollen einseitige Abrüstung und NATO-Austritt.

Die ohnehin bescheidenen Versprechungen, die die SPD etwa in Sachen Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz macht, erfolgen, ohne daß die SPD die Realität der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung und des Klassenkampfes thematisiert. Damit umgeht die SPD die Anerkennung der Tatsache, daß wirkliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse nur im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können. Deshalb gibt es keinen Anlaß zu glauben, daß eine SPD-Regierung mit Rau als Kanzler dem Druck der Unternehmerorganisationen widerstehen und wesentliche Interessen der Arbeiterklasse verwirklichen wird.

Die GRÜNEN haben in vielen Fragen im Bundestag eine richtige Opposition geleistet und nützliche Initiativen eingebracht. Sie sind auch die einzige Partei, die keine Millionenpenden der Großunternehmen erhalten hat. Aber der Druck auf die GRÜNEN zur Anpassung an die durch die kapitalistische Wirtschaft und den bürger-

lichen Staat gesetzten Rahmenbedingungen ist stark. Das Wahlprogramm der GRÜNEN fußt auf der Illusion, die bürgerliche Gesellschaft könne schrittweise umgebaut werden. Es bietet somit die Grundlage für den Anpassungsdruck und für die Orientierung auf eine Koalition mit der SPD. Die künftige Haltung der GRÜNEN läßt sich kaum verläßlich voraussagen.

Die GRÜNEN sind keine sozialistische Partei und keine Partei, die sich in besonderer Weise den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet fühlt. Uns kommt es aber auch im Rahmen unseres Eingreifens in die Bundestagswahlen wesentlich darauf an darzulegen, daß der konsequente Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse notwendig die Perspektive des Sozialismus mit einschließen muß.

Obwohl wir die politische Bedeutung der kommenden Bundestagswahlen hoch veranschlagen, warnen wir in zweierlei Hinsicht vor Illusionen in die „Macht des Stimmzettels“:

1. Ein Wahlausgang gegen die regierende Koalition wird nicht vom Himmel fallen. Es wird ihn nur geben, wenn die Arbeiterbewegung und die anderen sozialen Bewegungen die kämpferische Aktivität für ihre Anliegen steigern und nicht darauf vertrauen, daß sie ihre Bestrebungen nach einem günstigen Wahlausgang leichter zur Geltung bringen können.

2. Jede denkbare Alternative zur jetzigen konservativ-liberalen Regierung stellt keine Gewähr für die Verwirklichung von Arbeiterinteressen dar. Auch bei einem eher günstigen Wahlausgang wird jeder wirkliche Fortschritt vom Kampf der Arbeiterklasse und der anderen sozialen Bewegungen abhängen.

Die Politik von GIM und KPD bzw. der vereinigten Organisation zur Bundestagswahl hat darum die Niederlage der Wendeparteien zum Ziel, will aber insbesondere die klassenkämpferischen Kräfte stärken und nicht parlamentarisch beschränkte Betrachtungsweisen fördern.

Unsere politischen Schwerpunkte

- Für die Rücknahme der gewerkschaftsfeindlichen Änderung des § 116 AFG, für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, gegen Arbeitszeitflexibilisierung und Ausdehnung der Teilzeitarbeit, für eine Neufassung der Arbeitszeitordnung unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Überstundenabbau, Erhalt des Normalarbeitstages und des arbeitsfreien Wochenendes als Regel!
- Für die Rücknahme des Beschäftigungsförderungsgesetzes vom 1. Mai 1985, gegen die Ausdehnung befristeter und ungeschützter Arbeitsverhältnisse, für das Verbot der Leiharbeit!
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung und beschäftigungspolitische Maßnahmen vor allem im sozialen und Umweltbereich, Verbot von Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, die die tarifvertraglichen Mindestbedingungen unterschreiten!
- Für die Rücknahme aller Gesetze zum Sozialabbau, gegen die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, für Erhalt und Ausweitung der kollektiven sozialen Sicherungssysteme!
- Für den einseitigen und bedingungslosen Abzug der Pershing II und gegen die Stationierung von Cruise missiles, für die Aufkündigung der SDI-Vereinbarungen, gegen jede Beteiligung westdeutscher Unternehmen und staatlicherseits an SDI und Eureka, für den Austritt der BRD aus der NATO, für die drastische Kürzung des Rüstungshaushaltes, gegen den Revanchismus, für die uneingeschränkte Anerkennung der DDR!
- Gegen die Einschränkung demokratischer Rechte, gegen die sogenannten Sicherheitsgesetze, gegen die Volkszählung, für die ersatzlose Abschaffung der Berufsverbote, für die politische Mobilisierung gegen die faschistischen Organisationen zur Durchsetzung von Verbot und Auflösung!
- Für die ersatzlose Streichung des § 218, für die bevorzugte Besetzung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen mit Frauen (bis zum Erreichen der 50-Prozent-Quote), gegen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die Frauen auf die Rolle als Mütter und Hausfrauen zu beschränken.
- Gegen die fortschreitende Zerstörung der Umwelt! Für die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke, gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf!
- Gegen die reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik, gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer/-innen, Aufhebung aller Maßnahmen, die das Asylrecht faktisch einschränken, kommunales und allgemeines Wahlrecht und Niederlassungsrecht für Ausländer/-innen, eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ausländerinnen!

Unser praktisches Eingreifen

Im Wahlkampf findet eine Auseinandersetzung um die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft statt. GIM und KPD wollen durch ihr Eingreifen in den Wahlkampf erreichen, daß die Position des revolutionären Sozialismus in dieser Auseinandersetzung präsent ist, wenn dies auch nur in bescheidenem Umfang gelingen kann. Andererseits wollen wir das in Wahlkampfzeiten gesteigerte politische Interesse auch nutzen, um konkrete Bestrebungen im Interesse der Arbeiterklasse praktisch voranzubringen. Auf diese Verbindung kommt es uns an.

1. Wir wollen dazu beitragen, daß die jetzige Regierungskoalition ihre Mehrheit im Bundestag verliert. Wir werden es nicht dabei belassen, aufzurufen, die CDU/CSU und die FDP nicht zu wählen, sondern eine inhaltliche Kampagne durchführen, die den reaktionären Charakter der Wendepolitik enthüllt. Das kann geschehen durch Flugblätter, Plakate etc., aber auch durch Veranstaltungen, die gemeinsam mit anderen Linkskräften durchgeführt werden können.

2. Wir wissen, daß der Wille zur Beseitigung dieser Regierung nicht allein und nicht hauptsächlich durch Aufklärung gestärkt werden kann, sondern daß es entscheidend darauf ankommt, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen fortschrittlichen Bewegungen gegen Kapital und Reaktion sich verstärkt. Wir wollen uns deshalb einsetzen für das Zustandekommen bzw. die Stärkung entsprechender Initiativen. Wir sehen folgende Ansatzpunkte:

- Im Kampf für Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit streben wir eine gemeinsame Initiative von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, sozialistischen und anderen demokratischen Kräften für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung an.

- Im Herbst gilt es, die Fortführung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die im kommenden Frühjahr in der Metallindustrie ansteht, vorzubereiten. Dabei haben wir nicht nur die inner-

gewerkschaftlichen Aspekte im Auge. Wir halten es auch für wesentlich, daß die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich offensiv in der politischen Diskussion vertreten wird. Darüber hinaus erscheint es politisch geboten, die Auseinandersetzung um diese Forderung zu verbinden mit der Frage der Neufassung der Arbeitszeitordnung. Auch hier scheint uns eine gemeinsame Initiative, die aktive Gewerkschafter und verschiedene Kräfte der politischen Linken umfaßt, möglich.

- Wir wollen einen Vorschlag aus der Mobilisierung gegen den § 116 AFG und aus der Friedensbewegung aufgreifen und in den Betrieben, den Gewerkschaften und gesellschaftlichen Massenbewegungen in Richtung eines „Marsches auf Bonn“ im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahlen diskutieren.

- Wir werden uns dafür einsetzen, die beschlossenen Herbstaktionen der Friedensbewegung gegen die geplante Stationierung der Cruise missiles so stark wie möglich zu machen. Über das unmittelbare Anliegen, die Stationierung der Marschflugkörper zu verhindern, hinaus wird es ganz wesentlich von der Stärke dieser Mobilisierungen der Friedensbewegung abhängen, ob es gelingt, den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO, die Tatsache, daß er gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wurde, schließlich die Haltung zur NATO insgesamt zum Thema des Wahlkampfes zu machen.

- Wir würden es begrüßen und unterstützen, wenn die um den Frankfurter Appell gruppierten Kräfte und andere sich zu einer konkreten Initiative in Sachen Wahlrecht und Niederlassungsrecht für Ausländer/-innen zusammenfinden würden.

3. Wir haben uns in den kommenden Bundestagswahlen mit Illusionen auseinanderzusetzen, eine Regierung Rau werde, besonders wenn sie sich auf die GRÜNEN stützen sollte, einen anderen Kurs einschlagen und die schlimmsten Angriffe verhindern. Durch ihre Orientierung auf eine Koalition mit der SPD schüren die

GRÜNEN diese Illusion.

Andererseits gibt es im Umfeld der SPD, der GRÜNEN, in den Gewerkschaften und den gesellschaftlichen Massenbewegungen zahlreiche Kräfte, die diese Gefahren ebenfalls sehen und nicht bereit sind, um machttaktischer Kalküle willen ihre Forderungen aufzugeben. An sie wollen wir uns in diesem Wahlkampf wenden. Mit ihnen suchen wir die Auseinandersetzung über die Orientierung und die Programme der Parteien, über die Möglichkeiten, die Regierung der Unternehmerparteien abzulösen und die Perspektiven einer unabhängigen, klassenkämpferischen Politik über den Wahltag hinaus.

In dem Bemühen, die autonome politische Handlungsfähigkeit der Kräfte links von der offiziellen SPD zu stärken, streben wir sozialistisch begründete Direktkandidaturen (Erststimme) an.

4. Wir unterstützen den im „Beilagenkreis“ diskutierten Vorschlag, im Herbst einen Kongreß durchzuführen, auf dem revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten wesentliche Fragen der Klassenkampfentwicklung und ihre teilweise unterschiedliche Beurteilung dieser Fragen diskutieren können. Die gemeinsame Erklärung von BWK, GIM und KPD zu den niedersächsischen Landtagswahlen deutet darauf hin, daß wir zu wichtigen politischen Fragen gemeinsam mit anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen Stellung beziehen und möglicherweise politisch aktiv werden können.

5. In der Vereinigung von GIM und KPD sehen wir einen ersten kleinen, aber wichtigen Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der revolutionären Linken. Bestandteil unserer Politik zur Bundestagswahl muß sein, die Vereinigte Organisation, vor allem ihren für die westdeutsche Linke neuen programmatischen Charakter, bekannt zu machen, was vor allem bedeutet, sozialistische Antworten auf die durch die krisenhafte kapitalistische Entwicklung hervorgerufenen Fragen zu propagieren.

Anträge an den Parteitag

1

Antrag an den Sonderparteitag Juni 86 zur Diskussion, an den Vereinigungsparteitag zur Beschlußfassung: im Programmentwurf Seite 6, 2. Absatz 1. Satz „Das wirksamste Mittel ...“ die Worte „der Ausweitung“ zu streichen.

Begründung: Die Verhinderung imperialistischer Kriege geschieht durch die sozialistische Revolution. Das Wort „Ausweitung“ läßt völlig offen, welche sozialistische Revolution ausgeweitet werden soll: die in der UdSSR, in Polen ...?

Achim, Leverkusen
Peter, Köln

2

Antrag an den Sonderparteitag Juni 86 zur Diskussion, an den Vereinigungsparteitag zur Beschlußfassung: im Programmentwurf Seite 6, 2. Absatz den 3. und 4. Satz von „Sie befürworten ...“ bis „... gekämpft werden“ ersatzlos zu streichen.

Begründung: Diese Sätze beinhalten, daß die Länder des Warschauer Paktes diese Unterstützung auch ohne Bedingungen aus revolutionärer Solidarität geben könnten. Halten wir das bei anderen imperialistischen Mächten auch für möglich?

Achim, Leverkusen
Peter, Köln

3

Antrag an den Sonderparteitag Juni 86 zur Diskussion, an den Vereinigungsparteitag zur Beschlußfassung: im Programmentwurf Seite 6 das 3. und 4. Absatz von „Revolutionäre Sozialisten ...“ bis „... Bewegungen entgegen.“ zu streichen.

Begründung: Das sind Aussagen über die inneren Auseinandersetzungen in der DDR, die in einem Programm-entwurf zur BRD nichts zu suchen haben.

Achim, Leverkusen

4

Der Parteitag möge beschließen:

Die Vereinigung von GIM und KPD findet in diesem Jahr nicht statt. Die Urabstimmung über die Vereinigung wird vorerst ausgesetzt.

Zur Begründung:

Von der Vereinigung unserer Parteien soll nach unseren Vorstellungen eine Signalwirkung für die gesamte revolutionäre Linke ausgehen. Es soll zu einem langfristigen Vereinigungsprozeß der Revolutionäre in der BRD kommen. Der Idee, die revolutionären Sozialisten in einer Organisation zu vereinheitlichen, Schranken abzubauen und unterschiedliche Positionen in politischen und ideologischen Fragen innerhalb der neuen Organisation zu klären, können wir in vollem Umfang zustimmen.

Nach unserer Überzeugung ist jedoch eine Vereinigung von KPD und GIM auf den vorliegenden Grundlagen in diesem Prozeß der Vereinheitlichung kein Schritt nach vorn. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß dadurch eine Schranke aufgerichtet wird, die einem weiteren Zusammenschluß der Linken im Wege steht. Gerade weil es darum geht, ein Signal zu setzen, muß eine Vereinigung besonders sorgfältig vorbereitet werden. Das ist hier nicht der Fall. Aus unerfindlichen Gründen soll die Vereinigung in diesem Jahr durchgezogen werden, ohne Rücksicht auf Verluste.

Existentielle Probleme bleiben dabei ungeklärt. Eine Einbeziehung der Genoss(inn)en in die Diskussion findet nicht statt. Wir wollen dies an einem grundlegenden Punkt erklären.

Wenn zwei Parteien sich vereinigen, können sie viele inhaltliche Fragen auch in der neuen Organisation klären. Eins muß jedoch klar sein: Beide müssen sich darin einig sein, welchen Charakter die neue Organisation haben soll. Wenn das nicht gegeben ist, ist die neue Organisation ein totgeborenes Kind.

KPD und GIM haben offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen vom Charakter der neu zu schaffenden Partei. Wenn die GIM mit der neuen Organisation ebenfalls die Vorstellung der vereinigten Linken, die offen für alle Diskussionen ist, verbinden würde, dann könnte sie die Bedingung, daß in zwei Jahren über einen

Betritt der neuen Partei zur 4. Internationale entschieden werden soll, nicht stellen. Diese Bedingung ist für eine Vereinigung der revolutionären Linken doch offensichtlich ein Hindernis.

Die KPD wiederum läßt sich darauf ein, ohne die Folgen zu bedenken. Im Gegenteil. Wir haben ein neues Ei des Kolumbus gefunden, das unsere Probleme löst, und verfahren nach altem Schema:

Es wird ein künstlicher Zeitdruck aufgebaut, der keine gründliche Überlegung und Diskussion mehr zuläßt. Dieser Zeitraum wird so knapp bemessen, daß man Zweifler unterdrücken und die Partei auf Linie bringen kann. Gleichzeitig wird eine Einbahnstraße errichtet, die Wege nach den Seiten oder zurück ausschließt. Den Genoss(inn)en wird eingetrichtert, es gäbe keinen anderen Weg, sonst wäre alles aus.

Und die Partei spurt. Von Zweifeln und Bedenken ist schon lange nichts mehr zu hören.

Wie sieht es aber mit dem Weg des ZK aus? Man schließt die Augen vor den Folgen der Vereinigung, bildet sich ein, man könnte die GIM innerhalb der bewußten zwei Jahre so weit über den Tisch ziehen, daß sie die 4. Internationale gar nicht mehr will (die GIM denkt übrigens mit umgekehrten Vorzeichen dasselbe).

Was geschieht aber, wenn die Rechnung nicht aufgeht? Wenn die Organisation sich für eine Mitgliedschaft in der 4. Internationale ausspricht? Damit wäre die Signalwirkung der Vereinigung von GIM und KPD vertan. Denn eine Mitgliedschaft in der 4. Internationale wird von den anderen in Frage kommenden Organisationen und Einzelpersonen nicht akzeptiert. Und was geschieht, wenn die Entscheidung gegen die 4. Internationale ausfällt? Was macht dann die GIM? Ist sie bereit, sich einer Mehrheitsentscheidung zu beugen oder nicht? Die neue Organisation muß auf jeden Fall zerbrechen, gleich wie die Entscheidung ausgeht.

Wir sind der Meinung, daß ein Projekt, bei dem so grundlegende Fragen ungeklärt sind, bei dem so viel unter den Teppich gekehrt wird, keine Zukunft hat. Dabei wird nicht nur die Existenz der KPD leichtfertig aufs Spiel gesetzt, sondern auch auf lange Sicht die Chance vergeben, einen ernsthaften Vereinigungsprozeß der Linken in Bewegung zu setzen.

Einige Genossinnen und Genossen aus Darmstadt

ACHTUNG: Der Sonderparteitag findet aufgrund der Brokdorf- und Wackersdorf-Demo ein Wochenende später – am 14./15. Juni 1986 – statt!